

offensiv links

herausgegeben von der bewegung für sozialismus



öS 10,-/dm 1,50/sfr 1,50

nr. 57
dezember 79
jahrgang 6

Wer sind die Burggarten-Leute?

Zu diesem Heft

Nach der Sondernummer, die sich mit der Situation in Südostasien befaßt und durch die jüngsten Ereignisse in Kambodscha eine besondere Aktualität erhalten hat, hier die letzte Nummer im heurigen Jahr. Es gilt, in aller Kürze Bilanz zu ziehen.

Die Redaktion hat offensiv links nie als abgehobenes publizistisches Projekt betrachtet. Unsere Intention war, offensiv links als politisches Organ der Bewegung für Sozialismus (föj) ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken, aber nicht als steriles Zentralorgan, sondern als anregendes und lesbares Magazin.

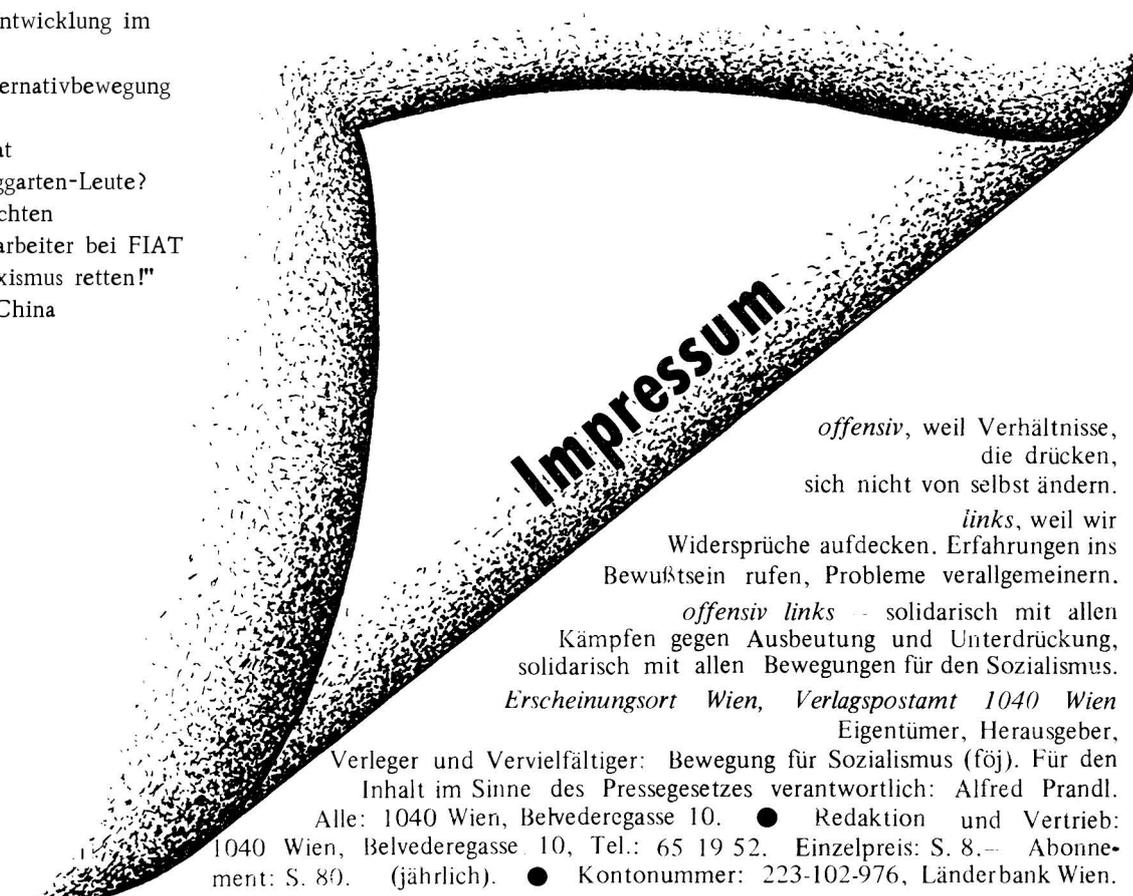
Einig sind wir in der Auffassung, daß materieller, organisatorischer und arbeitsmäßiger Aufwand in deutlichem Mißverhältnis zur damit erreichten Öffentlichkeit steht. Auch inhaltlich konnten wir Quantität und Qualität nicht immer in Einklang bringen. Nun liegt die Entscheidung bei der Organisation, wie es mit offensiv links weitergehen soll. Dazu wird der Anfang 1980 stattfindende Bundeskongreß der BFS Gelegenheit bieten.

Allen unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir ein schönes rotes Neues Jahr.

Die Redaktion

Inhalt

- 3 Lieber tot als eurokommunistisch
- 5 Randbemerkungen zur "Informationsexplosion"
- 7 Technologische Entwicklung im Spätkapitalismus
- 10 5 Thesen zur Alternativbewegung
- 11 linke revue
- 15 betrifft: rechtsstaat
- 18 Wer sind die Burggarten-Leute?
- 20 alltägliche geschichten
- 22 Der neue Massenarbeiter bei FIAT
- 26 Bahro: "Den Marxismus retten!"
- 28 Ein wirklicheres China



Impressum

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

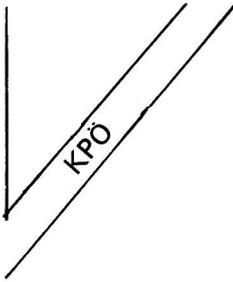
links, weil wir Widersprüche aufdecken. Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern.

offensiv links – solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1040 Wien
Eigentümer, Herausgeber,

Verleger und Vervielfältiger: Bewegung für Sozialismus (föj). Für den Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Alfred Prandl.

Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10. ● Redaktion und Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Tel.: 65 19 52. Einzelpreis: S. 8.– Abonnement: S. 80. (jährlich). ● Kontonummer: 223-102-976, Länderbank Wien.



Lieber tot als eurokommunistisch

Wenn diese Zeilen gelesen werden, wird der Parteiausschluß des Landesekretärs der KPÖ Vorarlberg, Reinhard Farkas, und wahrscheinlich auch einiger seiner Mitstreiter vom Zentralkomitee der KPÖ bereits beschlossen sein. Der autonomen marxistischen und der alternativen Bewegung werden dadurch neue wertvolle Verbündete beschert, die KPÖ könnte für längere Zeit im Ländle ohne Vertretung bleiben.

Der Verfall einer Partei

Es ist in dieser Partei um vieles schlecht bestellt. Abgänge, natürliche, aber auch durch Ausschlüsse und Austritte herbeigeführte, nicht enden-wollende Stimmenverluste bei Wahlen, sinkende Auflagenziffern des Parteiorgans "Volksstimme" prägen das Bild der Partei seit Jahren. Daß dies alles mit den "objektiven Gegebenheiten" zu tun habe, wird die Parteiführung nicht müde zu erklären. Regelmäßig spricht sie nach jeder Wahlniederlage von einem "unbefriedigenden Ergebnis," wobei "nicht genügend" die exaktere, die Leistungen der derzeitigen politischen Führung erfassende Bezeichnung wäre. Aber die Führung geht bezeichnenderweise erst gar nicht von ihren eigenen Leistungen aus, sondern schiebt alles auf das Verhalten der Wähler ab. Deren Verhalten befriedigt die Parteiführung halt nicht. Und da nach Meinung der KPÖ-Führung nicht ihre Politik, sondern eben das Verhalten der Wähler sich zu ändern habe, scheint sich die Partei zum langsamen, aber sicheren Untergang selbst verurteilt zu haben.

Es bedurfte immerhin zehn Jahre seit dem Bruch innerhalb der KPÖ 1969/70,

damit diese und andere Widersprüche der Parteipolitik *innerhalb* der Partei manifest geworden sind.

Die Linzer Wahlanfechtung

In Linz verlor die KPÖ ihren letzten Sitz im Gemeinderat bei den Anfang Oktober d.J. stattgefundenen Landtags- und Gemeinderatswahlen. Anstatt auch diesmal das Wahlergebnis als "unbefriedigend" abzutun, kündigte die KPÖ diesmal eine komplette Wahlanfechtung an. Begründung: der Verlust ihres letzten Mandats bzw. der dazu notwendigen Stimmen sei die mögliche Folge einer Verwechslung gewesen. Einer Verwechslung, der jedem passieren konnte, der zwischen KPÖ und KBÖ (Kommunistischer Bund Österreichs) nicht zu unterscheiden wußte. Beide Listenbezeichnungen waren, wie schon andernorts, in Linz zugelassen. Der KBÖ hat in Linz rund 300 Stimmen erreicht. Addierte man diese mit den Stimmen der KPÖ, würde es noch immer nicht für ein KPÖ-Mandat reichen. Die KPÖ fordert trotzdem die Wiederholung der Wahlen! (Wenn der Teufel ein Richter und zudem ein "Antikommunist" wäre, würde er dieser Wahlanfechtung nachgeben ..)

Kohouts Ausbürgerung

Pavel Kohouts Ausbürgerung aus der CSSR war zu befürchten. Sie war nach normaler menschlicher (und politischer) Logik nicht unbedingt zu erwarten. Der Fall ist eingetreten, obwohl die Ausbürgerung Biermanns und anderer "Dissidenten" für die, die den "real existierenden Sozialismus" mit solchen Maßnahmen zu verteidigen versuchen, in allen Fällen den Bumerang-Effekt gehabt hat. Daß die "Volksstimme" diese Maßnahme wieder einmal akzeptieren und verteidigen würde, war von vornherein klar. Daß sie sich aber dabei direkt zum Sprachrohr aller Begleiterscheinungen machen würde, die selbst höheren Organen der CSSR peinliche Situationen verschafft haben, das zeigt den Grad des Verfalls der politischen Sitten am Globus-Platz in Wien.

Ein außer diplomatischem Rand und Kompetenzband geratener subalternen Beamter der CSSR-Botschaft in Wien, begnügte sich nicht damit, Kohouts Ausweisung zu "begründen" – er nahm in derselben Presseaussendung Drohhaltung gegenüber der Republik Österreich ein. Die "Volksstimme" sekundierte.

Als sich das Prager Außenministerium und der CSSR-Botschafter in Wien sich von den Formulierungen dieser Presseaussendung distanzieren, macht die "Volksstimme" durch eine Stellungnahme ihres Chefredakteurs die Sache noch schlimmer: unter dem Titel: "Was wirklich geschehen ist", faßt er zusammen und schreibt, das Ganze sei entstanden "Nicht so sehr wegen Kohout, sondern wegen zweier Sätze in einer Presseaussendung der Wiener CSSR-Botschaft, bei denen man vom ersten Augenblick an erkennen konnte, daß sie Polemik waren und nicht die Politik der CSSR gegenüber Österreich ausdrücken konnten." Von den "Volksstimme"-Redakteuren hat's jedenfalls kein "man" erkannt. Und als wäre noch nicht genug Porzellan zerschlagen worden, geht Chefredakteur Kalt in die Offensive, indem er eine Äußerung von Bundeskanzler Kreisky aufgreift, wonach "dem österreichischen Rechtsempfinden eine solche Ausbürgerung 'völlig fremd' sei" Das weist Kalt mit Entrüstung zurück. "Was Kreisky da sagt, ist nicht wahr." Er, Kreisky, müsse als juristisch gebildeter Mann sehr wohl wissen, daß solches auch nach dem österreichischen Verfassungsrecht möglich ist!

Vorher schon hatte die "Volksstimme" die kritische Haltung eurokommunistischer Parteien gegenüber den jüngsten Prozessen in Prag mit dem Zynismus gekontert, daß diese Parteien sich solche kritische Töne nur leisten könnten, weil sie in der glücklichen Lage sind, nicht die Bürde der realen Macht in einem sozialistischen Staat zu tragen. Sollten sie einmal selber die Macht erlangen haben und dabei notgedrungen repressive Maßnahmen gegen die "Klassenfeinde" ergreifen müssen, würde die "Volksstimme" nicht zögern, auch ihnen vorbehaltlos beizustehen. . . . Damit war klar gesagt, welche Politik die KPÖ in einem sozialistischen Staat selber praktizieren würde.

Fern von Wien

Die Vorarlberger Landesorganisation der KPÖ hat bei den Landtagswahlen (21. 10.1979) bescheidene Gewinne erzielt und die schwarze Serie der KPÖ-Mißerfolge ausgerechnet im politisch sicherlich schwierigsten Winkel Österreichs durchbrochen. Sie kann wieder eine 1 vor dem Komma statt der ewigen 0 vorweisen. Ist es von der Hand zu weisen, daß der Erfolg auch mit dem neuen politischen Kurs der Landespartei zusammenhängt? Ihr Landessekretär, R. Farkas, organisierte z.B. ein Forum-Gespräch in Bregenz, zu dem auch Leopold Spira, neuer Leiter des "Wiener Tagebuch" und Verfasser des Buches "Der Austro-Eurokommunismus – ein gescheiterter Versuch" eingeladen wurde. Spira war bis zu seinem Parteiausschluß leitender Funktionär der KPÖ.

nebenbei

Werkzeug des Antikommunismus

Die „teleobjektiv“-Sendung von Dienstag abend hat jedem gezeigt, wie die seit einiger Zeit vom Vorarlberger Landessekretär der KPÖ, Reinhard Farkas, eingenommene Haltung – nur den Gegnern der KPÖ hilft. Die Sendung war offenkundig von langer Hand vorbereitet. Farkas war dabei nur Werkzeug für eine antikommunistische Kampagne gegen die KPÖ. Die Angriffe gegen die sozialistischen Länder waren nur noch Vorwand für dieses – eigentliche – Ziel. Behauptungen wie, daß die Führung der KPÖ ihre Meinungen und Kommentare „immer von der ‚Prawda‘ abschreibe“ und keine eigene autonome Haltung habe, sind primitivster Antikommunismus.

Daß die KPÖ als einzige Partei gegen die Unterordnung Österreichs unter EWG und multinationale Konzerne auftritt, daß die KPÖ (und zwar nach dem sie sich von den revisionistischen Renegaten befreit hatte) eine marxistische Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Österreich erarbeitete, daß sie ihre eigenen Vorstellungen vom Übergang Österreichs zum Sozialismus über die Zwischenphase einer antimonopolistischen Demokratie entwickelte, unter Berücksichtigung der besonderen nationalen Bedingungen Österreichs, sind nur einige der Beispiele für die autonome Haltung der KPÖ.

Niemand kann erwarten, daß der ORF eine Sendung ausstrahlen würde, die die Bedingungen für den Kampf der österreichischen Kommunisten verbessern, diesen erleichtern würde, Erfolge zu erreichen. Auch Farkas hätte das wissen müssen.

Wie sehr der ORF manipuliert, beweisen auch schon die Einleitungsworte zu diesem Beitrag, aus denen niemand entnehmen konnte, warum Genosse Muhri es eigentlich abgelehnt hatte, ein Interview im Rahmen dieser Sendung zu geben. Genosse Muhri hat in Wirklichkeit dem ORF gegenüber nur unseren selbstverständlichen Grundsatz betont, Meinungsverschiedenheiten in den zuständigen Parteigremien – und nicht über den ORF ausdiskutieren. Zum Unterschied etwa von Kreisky, der seiner Ministerin Leodolter über eine Zeitung zu verstehen gab, sie möge gehen. . . . Selbst das wahrheitsgemäß wiederzugeben, war schon zuviel bei der im ORF herrschenden „Objektivität“. H. K.

"Volksstimme", 8.11.1979

Hinter diesem für eine KPÖ-Landesorganisation völlig ungewöhnlichen Schritt steckte mehr als eine zeitweilige Mutprobe gegenüber der Zentrale in Wien. Wie Landessekretär Farkas erklärte, gab es in seiner Landesorganisation schon vor zwei Jahren Diskussionen, zunächst nur in der Landespartei, über die Überwindung alter Strukturen und überholter Formen in der politischen Arbeit. Die Diskussion, die nach außen immer offener geführt wurde, führte zu neuen inhaltlichen Akzentuierungen und zu Kontakten mit der Kommunistischen Partei Italiens in Südtirol. Den bis dahin einmaligen Höhepunkt dieser bemerkenswerten Entwicklung in der KPÖ-Vorarlberg stellte ein Interview des jungen Landessekretärs im Vorarlberger Rundfunk dar. Befragt zum "Fall Kohout" distanzierte sich Farkas in aller Form von solchen Methoden im Namen des Sozialismus – in scharfem Gegensatz zur KPÖ-Zentrale in Wien.

Nicht nur die linke Öffentlichkeit wurde auf die Vorarlberger Eurokommunismus-Initiative aufmerksam. Auch eine Sendung von "teleobjektiv" griff die Sache auf. Vorsitzender Muhri schlug die ihm gebotene Gelegenheit, seine Sicht der Dinge darzulegen, aus. Wie sich dann zeigte, ging es in der internen Parteiöffentlichkeit auch nicht um eine Grundsatzdiskussion. Das Politische Büro schickte zwei Vertreter (Wachs und Wimmer) nach Bregenz. Es ging ihnen um formale Dinge. Nach alter Taktik wurde der Landesvorstand in gute und schlechte Genossen geteilt, Lob und Tadel dosiert verteilt, die Konsequenzen angedeutet, wenn keine Handlungsänderung erfolgt. Da diese Taktik nicht verfiel, und die beiden unverrichteter Dinge abziehen mußten (der Landesvorstand stellte sich geschlossen hinter Farkas), war der nächste (formale) Schritt in der Auseinandersetzung von vornherein festgelegt: das Zentralkomitee braucht nur das Urteil zu bestätigen, das nach einem Kommentar in der "Volksstimme" (siehe Kasten) über die "teleobjektiv"-Sendung schon feststand. "Werkzeuge des Antikommunismus" werden in den Ländern, wo die KP herrscht, "unschädlich" gemacht, in Ländern, wo sie die Macht nicht dazu hat, aus der Partei ausgeschlossen – in der KPÖ ohne vorherige Diskussion!

Es ist heute nicht mehr eine Frage spektakulärer Ereignisse wie in Vorarlberg, wann die KPÖ zu einer (auch numerisch) kleinen Sekte verkommen ist. Es ist lediglich eine Frage der Zeit. Lieber tot als eurokommunistisch, scheint dabei ihre verzweifelnde Devise zu sein.

Zsolt Patka

Randbemerkungen zur „Informationsexplosion“

Allenthalben hört und liest man von einer stattfindenden „Informationsexplosion.“ Nach Schätzungen sollen um das Jahr 2000 bereits zwei Drittel aller in Nordamerika Beschäftigten in jenem sogenannten „quartären Sektor,“ also in der Informations- und Kommunikationsbranche tätig sein. Zweckoptimistische Naturen, wie etwa der seinerzeit zum „Medienpapst“ hochstilisierte Amerikaner Marshall McLuhan sahen schon vor rund fünfzehn Jahren die ganze Welt in einem heraufdämmernenden „Zeitalter der Elektrizität“ zu einem „globalen Dorf“ zusammenschmelzen, wo mit Hilfe diverser technischer Mittel jeder Anteil an jedem nehmen würde. Wie einige der bedeutendsten Dorfhäuptlinge heißen, kann aus nebenstehendem Kasten entnommen werden: Rund 80, im UNO-Jargon als transnationale Gesellschaften, in der Alltagssprache als „Multis“ zu bezeichnende Firmen kontrollieren mehr als 75% der weltweiten Informationsproduktion bzw. -verbreitung. (Nicht zufälligerweise hatte jener McLuhan im Nachkriegsitalien konstatiert, daß erst dann von einer politischen Stabilisierung der Lage gesprochen werden könne, wenn auf den Hauswänden Werbesprüche für Coca Cola usw. statt Parolen der KPI zu lesen wären).

„Informationsexplosion“ ist daher – es sei denn, man fragt sich, was von der Information nach der Explosion noch übrig bleibt – ein schönfärbender, zumindest aber unpräziser Ausdruck. Suggestiert er doch, hier handle es sich um einen einmal (von wem?) ausgelösten, nun sich gleichsam automatisch fortpflanzenden Prozeß. Beziehungsweise hier wird unterstellt, die wahrhaft rasante Produktivkraftentwicklung der Massenkommunikationsindustrie im weitesten Sinne, werde hauptsächlich und mit Blickrichtung auf verbesserte Kommunikationspotentiale vorangerieben. „Für die deutsche Wirtschaft,“ räumte das westdeutsche Unternehmerblatt „Wirtschaftswoche“ immerhin ein, „geht es freilich um mehr als nur um geistige Werte. Allein die für die Vollverkabelung der Bundesrepublik nötigen Erschließungsarbeiten versprechen ein Investitionsvolumen von mindestens 25 Milliarden Mark. Und darauf freuen sich besonders Tiefbauunternehmer und Kabelhersteller.“ (20. 1. 1978, S. 36)

Das Publikum hat sich gefälligst zu freuen!

Denn die Einführung technischer Innovationen auch – beziehungsweise gerade auch – auf diesem Sektor entsprechen primär den Interessen der Hardware (Anlagen, Geräte) und Software (Betriebsmittel) Produzenten und nicht den Bedürfnissen der Konsumenten, wie dies auch am Beispiel des Österreichischen Rundfunks illustriert werden kann. Treibende Kraft für Entwicklung und Einführung neuer bzw. technisch veränderter Kanäle „massen“medialer Kommunikation und Information sind noch allemal handfeste Kapitalverwertungsinteressen. Nicht umsonst finden sich unter den zehn „besten Verdienern“ der BRD des Jahres 1978 („Wirtschaftswoche“, 20. 8. 1979) vier Unternehmen, die Produkte für diesen Markt herstellen.

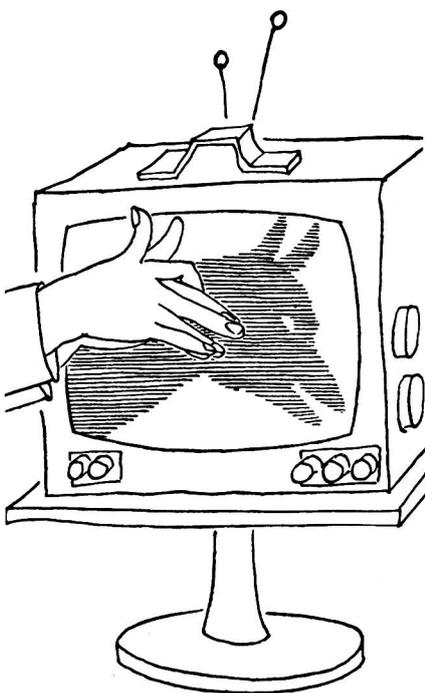
In diesem Zusammenhang ist allerdings die – in Österreich eben in ihre erste Phase getretene – elektronische Umgestaltung der Produktion von Druckerzeugnissen (Lichtsatz mit allen Konsequenzen) nur eine Randerscheinung. Die, sowohl von Produzenten- wie Konsumentenseite betrachtet, erheblichsten Auswirkungen liegen allerdings im Bereich der „eigent-

lichen“ elektronischen Übertragungsweisen: Funk, Kabel, Satelliten, Video, usw.

Auch in Österreich wird sich auf diesem Gebiet in nächster Zeit etliches ändern; bzw. hat sich schon geändert: Die Verkabelung von Ballungsräumen schreitet stetig fort; mit Beginn nächsten Jahres wird der ORF in der sogenannten „Austastlücke“ des Fernsehens – das ist jener schwarze Streifen, der bei schlechteingestellten Geräten am Bildschirm erscheint – versuchsweise Textsignale aussenden, die dann mit einem dafür eigens adaptierten TV-Apparat empfangen werden können.¹ Die Frage, ob sich dieses Experiment auch rentiert, daß heißt, ob danach ein genügend großes Publikumsinteresse besteht, das eine logischerweise mit zusätzlichen Kosten verbundene Ausstrahlung rechtfertigt, ist hinfällig: Man sehe sich nur die Art und Weise an, in der bisher Innovationen – z.B. die Einführung von Stereo-Hörfunk oder Farb-TV-Programmen – vom Österreichischen Rundfunk durchgeführt wurden.

Öffentlich-rechtliche Subventionierung der Elektronikbranche

Bereits an Hand der Einführung des Fernsehens kann dokumentiert werden, daß eine erhebliche Diskrepanz zwischen Programmangebot und Publikumsnachfrage bestand: Mit Beginn des Jahres 1957 wurde ein regelmäßiger Fernsehbetrieb an sechs Tagen pro Woche aufgenommen. Am 3. Februar aber mußte das Dritte und am 24. Februar das Erste Hörfunkprogramm aus finanziellen Gründen gekürzt werden (ORF-Almanach 1974, S. 282). – Ab 11. September 1961 wurde ein Zweites Fernsehprogramm an drei Tagen pro Woche eingerichtet. Ab 2. Mai dieses Jahres waren bereits alle drei Hörfunkprogramme zeitlich eingeschränkt worden; mit Jahresbeginn 1962 wurde das dritte Hörfunkprogramm auf fünf Jahre eingestellt – wiederum aus finanziellen Gründen. Erst ab 1974 ist außerdem das Sender-



¹ Mehr darüber in der nächsten Nummer von „offensiv links“

netz so weit ausgebaut, was schließlich ebenfalls von den zur Verfügung stehenden Geldmitteln abhängt, daß der österreichische Hörfunk im ganzen Land zu empfangen ist. – Dies alles, obwohl 1961 – sechs Jahre nach dem Beginn eines regelmäßigen Fernsehversuchsprogrammes – eine Viertel-million Fernsehbewilligungen zwei Millionen Hörfunkbewilligungen gegenüberstanden!

Vergleichbare Verhältnisse kennzeichnen auch die Einführung des Farbfernsehens: Während seit 1975 von einem nahezu gänzlich in Farbe gesendeten Programm gesprochen werden kann – dessen Kosten sowohl hinsichtlich Produktion als auch Ausstrahlung um ein Vielfaches über denjenigen von Schwarzweißprogramm liegen – verfügten zum selben Zeitpunkt erst 22% der Haushalte über ein farbtaugliches Empfängergerät (Reinhard Schneider: Ein Vierteljahrhundert Fernsehen. In: Rundfunktechnische Mitteilungen 1977/5). Trotz anfänglicher massiver Eigenwerbung des ORF für seine Farbprogramme durch spezielle Ansagen und Signations, blieb der Geräteabsatz weit hinter den Geschäftserwartungen der Hersteller und Vertreiber zurück, sodaß im Frühjahr 1977 ein "Colorgeräteberg" von circa 600.000 Stück entstand.² Dies ist – neben anderen – ein Grund, weshalb nun z.B. Bildschirmtext, für dessen Empfang herkömmliche Geräte ungeeignet sind, eingeführt wird.

² Bis Ende 1977 verbesserte sich allerdings das Geschäft mit Colorgeräten gewaltig: Im 1. Quartal 1978 betrug die Marktsättigung bereits 36% (ORF Medienreport No. 245, 15.5.1978)

Die besten Verdienner

Rang	Firma	Bruttoumsatzrendite ¹ 1978 in Prozent
1	Heidelberger Druckmaschinen	23,7 G
2	IBM-Deutschland	20,4 G
3	Rank-Xerox	20,2 G
4	Isar-Amperwerke	17,9 G
5	Ver. Glaswerke	16,2 G
6	Energievers., Schwaben	15,7 K
7	3 M Deutschland	15,2 G
8	Bayernwerk	13,5 K
9	Neckarwerke	13,5 ² K
10	Heidelberger Zement	13,3 K

¹ Jahresüberschuß vor Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen zu Umsatz, G = Gesellschaft, K = Konzern
² Ausgewiesener Jahresüberschuß minus Ertrag aus Auflösung eines Sonderposten mit Rücklageanteil (35,7 Millionen Mark)

Die 15 Größten der internationalen Kommunikationsindustrie¹
 (Zahlen basierend auf 1975; Umsätze in Millionen US-Dollar)

Rang	Firma	Umsatz	Beschäftigte
1	IBM ²	19.400	351.538
2	General Electric (USA)	13.399	375.000
3	ITT ³	11.367	376.000
4	Philips (Niederlande)	10.746	397.000
5	Siemens (BRD)	7.759	296.000
6	Western Electric (USA)	6.590	152.677
7.	G.T.E. (USA)	5.948	187.170
8.	Westinghouse (USA)	5.862	166.048
9	AEG-Telefunken (BRD)	5.187	162.100
10	Rockwell Int. (SA)	4.943	122.789
11	R.C.A. (USA)	4.789	113.000
12	Matsushita (Japan)	4.677	82.869
13	L.T.V. (USA)	4.312	60.400
14	Xerox (USA)	4.097	93.532
15	C.G.E. (Frankreich)	4.072	131.000

¹ Aus: Cees Hamelink: The Corporate Village, Rom 1977, S. 235
² Zusammenfassung der Daten des Stammhauses mit denen von IBM- Deutschland, IBM-France, IBM-Britain, IBM-Holland
³ Zusammenfassung der Daten des Stammhauses und ITT-Germany

Auch die Installierung regelmäßiger Stereosendungen im Hörfunk ab 1968 kann, angesichts der Tatsache, daß 1976 immerhin erst 16 (!) Prozent der Österreicher in einem Haushalt mit Stereoempfangsgerät (Benno Sigitzer: Massenmedien in Österreich, Wien 1977, S. 104), lebten, wohl kaum als die Erfüllung von Publikumswünschen interpretiert werden.

Die beschriebenen vom ORF durchgeführten Innovationen entsprachen aber nicht nur – mindestens – in ihrer Anfangsphase keinem massivem Publikumsinteresse, sie stellen ebenso eine sowohl direkte als auch indirekte Subventionierung der Elektronikbranchen dar, weitgehend auf Kosten der Teilnehmer: + Direkt, da hierfür teilweise erhebliche Investitionen auf Senderseite erforderlich sind. – Der Ausbau der bestehenden Richtfunkstrecke der Post Salzburg-Wien-Graz-Villach zur Übernahme der geplanten 3-5 ausländischen Fernsehprogramme wird vermutlich zwischen 100 und 200 Millionen Schilling erfordern ("Die Industrie," 17.2. 1978, S.6). + Indirekt, da offensichtlich erst durch das langfristige Anbieten neuer Empfangsmöglichkeiten bei den Konsumenten jener Appetit erzeugt wird, der sich schließlich nur durch den Kauf neuer Empfangsgeräte stillen läßt.

Ende des ORF-Monopols?

Aber nicht nur die Elektronikindustrie, die sich für die nächsten Jahre vor allem auf dem Videorecorder und -kassetten

phantastische Zuwachsraten erwartet, auch das bestehende Medienkapital hofft auf neue Anlagensphären. Das kann an Hand internationaler Beispiele illustriert werden – so plant etwa der Kommerzsender RTL-Luxemburg die Ausweitung seiner Kapazitäten via Satellit –, trifft aber genauso, freilich in bescheidenerem Ausmaß für Österreich zu.

Es ist zu befürchten, daß noch in dieser Legislaturperiode das geltende Rundfunkrecht, das ein öffentlich-rechtliches Monopol festschreibt, revidiert wird: Seitens der ÖVP und verschiedener "unabhängiger" Zeitungen wird dies ja bereits seit längerer Zeit gefordert. Und auch der SPÖ fallen immer wieder verschiedene Varianten der "Entmonopolisierung" – besonders häufig in Zeiten, in denen Gerd Bacher Generalintendant ist – ein. In der Nummer 3/1979 des "Südblick", einer halboffiziellen Postwurfzeitung der SPÖ für das südliche Wien und die Randgemeinden konnte man lesen: "Das Produzieren eigener TV-Sendungen hängt vom Fallen des ORF-Monopols ab, ein Umstand, der aber unmittelbar bevorsteht – er soll noch in dieser Gesetzgebungsperiode verwirklicht werden, besonders auf Initiative der Sozialistischen Partei."

Privatfernsehen, so formulierte es der ansonsten gar nicht so ökologiebewußte deutsche Bundeskanzler Schmidt, sei "gefährlicher als Kernenergie." So freilich läßt sich das Wort von der "Informationsexplosion" auch deuten.

Roman Hummel

Technologische Entwicklung im Spätkapitalismus

1. Technologische Entwicklung und Spätkapitalismus

Die Entwicklung des Kapitalismus konfrontiert uns heute mit der systematischen und zielgerichteten Anwendung von Wissenschaft und Forschung auf den Produktionsprozeß. Die so erzielte Beschleunigung der technologischen Erneuerung spiegelt die Jagd konkurrierender Einzelkapitale nach Extraprofiten, größeren Marktanteilen und einer besseren Kontrolle über den Produktionsprozeß, in dem die lebendige Arbeit weitgehend durch tote (in Maschinen "vergegenständlichte") ersetzt wird. Sie führt zum rascheren veralteten "moralischen Verschleiß" der Maschinerie. Daraus ergibt sich der Zwang zur rascheren Amortisation des darin gebundenen (fixen) Kapitals. Auch das Arbeitsvermögen und die Qualifikation der Arbeitskräfte wird durch diese Entwicklung immer rascher entwertet.

Die Kosten für Forschung und Entwicklung steigen steil an; immer weniger Großkonzerne verfügen über genügend Finanzkraft, in diesem Wettlauf mitzuhalten. Die Entwicklung mancher Technologien (etwa AKW-Technologie) ist nur noch dadurch möglich, daß die Kosten für Forschung und Entwicklung von der Allgemeinheit übernommen werden (bei andauernder privater Verfügungsgewalt über den produzierten Mehrwert).

In dem Maß wie Großkonzerne und die durch sie hervorgebrachten Technologien die Wirtschaftsstruktur eines Landes bestimmen, ja durch transnationale Aktivitäten und Zusammenarbeit von Unternehmen einzelstaatliche Entscheidungsinstanz unterlaufen werden, wachsen auch die Druckmittel der Konzernleitungen gegenüber Arbeiterschaft und staatlichen Behörden: Verschleierung von Profiten, Drohung mit dem Abbau von Arbeitsplätzen und tatsächliche Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Rationalisierungsinvestitionen oder Produktionsverlagerungen in Billiglohnländer werden eingesetzt, um Subventionen, ja eine Abnahme- und Profitgarantie durch den Staat (z.B. in Form von Rüstungskäufen) zu erhalten und die Forderungen der Arbeiterschaft innerhalb der von der

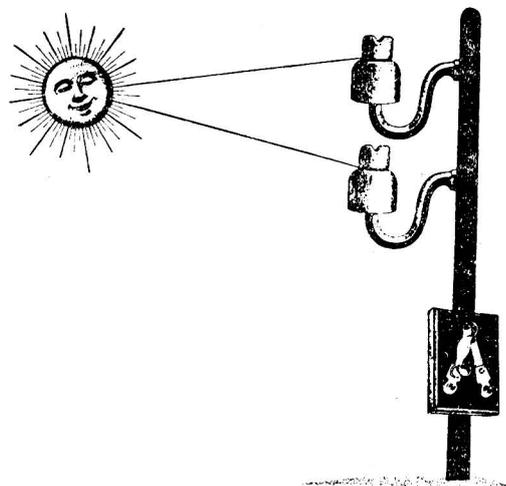
Konzernplanung gesetzten Grenzen zu halten.

Die Höhe des eingesetzten Kapitals und der Zwang zu dessen Amortisation innerhalb immer kürzerer Zeiträume macht eine langfristige Planung der Konzernstrategie in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Investitionsplanung, Lohnkosten, Marktanalyse und Absatzplanung usw. notwendig. Im Zentrum dieser auf die einzelnen Unternehmer beschränkten Planung – während für die wirtschaftliche Entwicklung im gesellschaftlichen Maßstab infolge der Konkurrenz zwischen voneinander unabhängigen Einzelkapitalen nur Prognosen möglich sind – steht das Ziel einer langfristigen Profitmaximierung des jeweiligen Konzerns. Zur Sicherung dieses Zieles ist die systematische Kontrolle über alle Elemente des Produktions-, Zirkulations- und Reproduktionsprozesses mehr und mehr erforderlich.

Wo die freiwillige Unterordnung der Gewerkschaften unter die Konzerninteressen ("Sozialpartnerschaft") nicht mehr ausreicht, erfordert die Logik dieses "Fortschrittes" die Einschränkung der Gewerkschaftsautonomie, des Streikrechts und nach und nach auch anderer demokratischen Rechte.

Parallel zum Wachstum der grenzüberschreitenden Aktivitäten der "Multis," die sich der Kontrolle durch Regierungen zunehmend entziehen und diese zu ihren Handlangern bzw. Garanten ihrer Interessen (Subventionen, Polizei, Militär, usw.) reduzieren, gewinnen zentrale globale Machtinstanzen wie IWF (Intern. Währungsfonds), Weltbank und Trilaterale Kommission, die mehr und mehr den Charakter einer Weltregierung anzunehmen beginnen, an Gewicht. Sie setzen Regierungen ein, bestimmen deren wirtschafts- und sozialpolitischen Handlungsspielraum und sorgen für ihre Entmachtung, wenn sich eine ernsthafte Bedrohung der Interessen des multinationalen Kapitals abzeichnet (heute weniger durch direkte Intervention als den weniger spektakulären Druck des Weltmarkts und seiner von ihnen durchgesetzten Gesetze). So bereiten sie den weiteren weltweiten Ausbreitung der Multis den Boden und garantieren ihnen optimale Wachstumsbedingungen (über das konkrete Zusammenwirken dieser drei Instanzen ließen sich Bände füllen).

Hinter der scheinbar politisch neutralen "Entwicklung" von Wissenschaft und Technik kommt so immer deutlicher die Fratze einer autoritären Gesellschaft, eines "starken Staates," zum Vorschein,



Nutzung der Sonnenenergie, Modell
Bohumil Stepan

wo Herrschaft durch in der Struktur der Produktionsmittel selbst verankerte "Sachzwänge" verschleiert und legitimiert wird. So kann zum Beispiel in einer Plutonium-Wirtschaft relativ leicht plausibel gemacht werden, daß strenge Überwachung und Kontrolle unvermeidbar sind, um die Sicherheit und das Leben aller angesichts der Möglichkeit von Sabotageakten mit katastrophalen Folgen zu garantieren: 1984 ante portas?

2. Produktivität - Destruktivität

Diese aus der Rationalität von Einzelkapitalen resultierenden Entwicklungstendenzen geraten so zunehmend in Widerspruch zu gesamtgesellschaftlichen Interessen und stabilisieren eine Gesellschaft, in der die Irrationalität des Ganzen Bedingung ist für das rationale Funktionieren der einzelnen Produktionseinheiten.

Die herrschenden Produktionsverhältnisse bringen mit fortschreitenden Betriebsgrößen, wachsender Zentralisation von Entscheidungsgewalt, steigender Parzellierung der Arbeit usw. nicht nur auf gesellschaftlicher Ebene hierarchische und autoritäre Strukturen hervor; Herrschaft schlägt sich auch in der Struktur und Funktionsweise der Produktionsmittel selbst nieder und wird durch sie gestützt. "Die technologische Gesellschaft ist ein Herrschaftssystem, das bereits im Begriff und Aufbau der Techniken am Werke ist . . .

Produktivität und Wachstum dieses Systems stabilisieren die Gesellschaft und halten den technischen Fortschritt im Rahmen von Herrschaft. Technologische Rationalität ist zu politischer Rationalität geworden." (Herbert Marcuse: Der eindimensionale Mensch, Vorrede).

Die Umwälzung der Technologie kann nur in dem Maß den Profit einer Minderheit erhöhen und ihre Herrschaft etablieren, in dem sie der Mehrheit erhöhte, aber in der Betriebsbilanz nicht aufscheinende Kosten aufbürdet und zu ihrer Entmündigung beiträgt.

Produktivitätsfortschritte für den Unternehmer bedeuten oft nicht nur die relative Zunahme der unbezahlten Mehrarbeit für den Arbeiter, sie haben für ihn vielfach auch nicht quantifizierbare Belastungen durch Arbeitszerstückelung, Monotonie und Ausschaltung kreativer Momente aus dem Arbeitsprozeß zur Folge. Diese physisch-sinnliche Verstümmelung durch Sonderzulagen abgelten zu wollen, stellt einen menschenverachtenden Zynismus ohnegleichen dar. Ein weiterer für den Arbeiter nachteiliger Aspekt besteht in der Zunahme unbezahlter Zwangsarbeit außerhalb der Betriebe dar, wie etwa des Anreisewegs bei zunehmender Zentralisierung der Produktion in wenigen Großanlagen (siehe dazu Illich, Neues Forum Sept. Okt. 79).

Viele als "Fortschritt" gepriesene technologischen Neuerungen haben nur vom engen Blickwinkel des Unternehmers aus zu einer Produktivitätssteigerung geführt; bei Abwägung aller ihrer

Vorteile und Kosten im Rahmen einer gesellschaftlichen Gesamtbilanzierung hätten sich ihre destruktiven Aspekte als derart vorherrschend erwiesen, daß sie erst gar nicht zum Einsatz gekommen wären.

Die Kosten, die bisher bei der Bewertung von Produktivitätsfortschritten als "externe Kosten" auf die Um- oder Nachwelt überwältigt wurden und in der Bilanz nicht aufschienen, sind mannigfaltig:

+ Abtrennung und Enteignung menschlicher Fähigkeiten und ihre Ersetzung durch eine anschwellende Flut käuflicher Konsumartikel, von denen jeder einzelne immer weniger an Befriedigung bietet, von denen das Individuum aber sowohl durch die Zerstörung von Subsistenzmöglichkeiten als auch durch ein via Arbeitsprozeß und Werbung reduziertes und geformtes Bewußtsein abhängig wird;

+ fortschreitende Ausschaltung "lebendiger" Stoffe und Prozesse durch synthetisch und unter hohem Energieeinsatz hergestellte Stoffe bzw. Prozesse, zu deren Aufrechterhaltung ein hoher Verbrauch an Rohstoffen notwendig ist (Atomkraftwerke statt Sonnenenergie, Verdrängen stickstoffproduzierender Bodenbakterien durch energieintensive chem. Dünger, Verlust eines großen Schatzes an Naturheilmethoden durch Absatzinteressen der Pharmaindustrie, usw.).



Übergangslösung

+ Beeinträchtigung der menschlichen Gesundheit sowohl im Arbeitsprozeß (Lärm, Streß, giftige Materialien ...) als auch infolge der Umweltzerstörung durch die ungefilterte Abgabe von Schadstoffen in Wasser, Luft und Boden

+ Störung des ökologischen Gleichgewichts z.B. durch Ausrotten bestimmter Pflanzen- und Tierarten (Klimaänderungen usw.)

+ Vernichtung alter Kulturen und Ausrottung ganzer Völker im Zuge der Ausdehnung des Kolonialismus; fortbestehende Ausbeutung der Bodenschätze und Arbeitskräfte der sogen. "unterentwickelten" Länder

+ Beeinträchtigung der Lebenschancen künftiger Generationen durch Aufbrauch nicht regenerierbarer Ressourcen, Produktion langlebiger Schadstoffe (z.B. radioaktiver Müll, chemische Produkte, Waffenlager ...) mutagener, krebserregender oder direkt tödlicher Wirkung

+ Vergeudung von Arbeitskraft und Rohstoffen für die Produktion von Produkten, die ebenso kurzlebig und Modetrends unterworfen sind wie die eigens für diese Produkte erfundenen Bedürfnisse.

Viele dieser Kosten sind nicht quantitativ erfaßbar, da sie Ergebnis nicht wieder gutzumachender (irreversibler) Prozesse sind. Technologien, die solche Folgen nach sich ziehen, müssen von einer gesamtgesellschaftlichen Betrachtungsweise her unbedingt abgelehnt werden. Das gleiche gilt natürlich für alle Technologien, deren scheinbare Produktivität sich bei einem Wechsel des Blickpunktes als Kontraproduktivität, ja Destruktivität entpuppt.

3. Für eine Neubewertung von Fortschritt

Die alte marxistische Formel, die davon ausgeht, daß ab einer bestimmten Stufe der Entwicklung die Produktionsverhältnisse zur Fessel für die Entwicklung der materiellen "Produktivkräfte" werden, bedarf einer Modifizierung: Die destruktive Seite der Produktivität tritt immer stärker hervor, ja es werden immer mehr Produktivkräfte entwickelt, die eindeutig Destruktivcharakter haben, je stärker die Interessen und Rationalität der herrschenden gesellschaftlichen Kräfte in Widerspruch kommen zur rationalen Entwicklung der Gesellschaft als ganzer. (Produktivkräfte hier stets verstanden als Produktionsmittel und Produktionsverfahren; ihre Beschaffenheit und Entwicklung findet natürlich ihre Entsprechung in der Beschaffenheit und Entwicklung der Produktivkraft menschlicher Arbeitskraft).

Das Warten auf ein weiteres Reifen der Bedingungen für den Sozialismus durch

die "Weiterentwicklung" der Produktivkräfte bedeutet heute das Begraben jeder sozialistischen Perspektive.

Wenn auch bestimmte Technologien (z.B. Automation) in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen nur beschränkt anwendbar sind, heißt das noch lange nicht, daß ihr Einsatz von der Utopie einer egalitären Gesellschaft her zu rechtfertigen ist oder keinerlei Grenze findet. Die Tatsache, daß eine Technologie für den Kapitalismus unbrauchbar ist, ist noch keinerlei Garantie für ihre Brauchbarkeit in einer nach gesellschaftlichen Bedürfnissen reorganisierten Gesellschaft. Andererseits folgt aber aus der Tatsache, daß eine bestimmte Technologie unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen sich zerstörerisch auswirkt, noch nicht automatisch ihre Unbrauchbarkeit als Instrument sozialistischer Entwicklung. In keinem dieser Fälle sollten sich Sozialisten davor drücken zu überprüfen, ob die jeweilige Technologie den Entwicklungszielen einer sozialistischen Gesellschaft angepaßt ist oder ihnen widerspricht.

Eine solche Neubewertung des Fortschritts wird an die Stelle von quantitativen Kriterien wie dem Wachstum des BSP, dem Einkommen pro Kopf usw. qualitative Maßstäbe setzen, die sich an sozialen und individuellen Entwicklungszielen orientieren. Technologien werden – unter Abwägung aller Vor- und Nachteile, die ihr Einsatz mit sich bringt – verwendet werden, um die für unbefriedigende, beschwerliche und monotone Arbeiten benötigte Zeit zu reduzieren, während bei Arbeiten, die Spaß machen, mit einer Entfaltung schöpferischer Fähigkeiten vereinbar sind usw., eher auf eine Mechanisierung oder Automation "verzichtet" werden wird. Die Trennungslinie wird hier wohl kaum zwischen Hand- und Kopfarbeit liegen, da der Verzicht auf eine der beiden Ebenen immer mit einer Verarmung der Persönlichkeitsentwicklung verbunden sein wird. Produktion in zentralen Großfabriken wird auf jenes – möglichst geringe – Ausmaß beschränkt werden, das die sozialistische

Gesellschaft noch für vereinbar hält mit den Prinzipien nicht hierarchischer politischer Organisation. Sie wird auf alle Gesellschaftsmitglieder gleichmäßig aufgeteilt.

Will die Arbeiterbewegung sich nicht kampfflos durch die Entwicklung und die Lösungsvorschläge des Kapitals entwaffnen lassen (das heute an der Entsorgungsindustrie blendend verdient, morgen auf andere nicht materielle Wachstumsbranche ausweichen könnte, um sich schon übermorgen wie der Phönix aus der Asche auch aus der ökologischen Krise zu erheben), gilt es, nicht nur defensiv das vom Kapital schon längst in Richtung auf neue "Entwicklung" (des Profits) verlassene Terrain zu verteidigen, sondern ihm auf einer qualitativ anderen Ebene mit einem neuen und antagonistischen Entwurf der Gesellschaft zu begegnen. Dieser muß die Abkehr von Wachstum und Produktion als Selbstzweck formulieren und sie auf ihre Funktion zurückstutzen, Hilfsmittel zur Verwirklichung eines menschenwürdigen Lebens für alle zu sein, das sich jeder Reduzierung auf ökonomische Meßgrößen und Kategorien entzieht.

Durch Sicherung der materiellen Existenz aller bei gleichzeitiger Abschaffung entfremdeter Arbeit wird materieller Konsum seine Bedeutung als Ersatzhandlung verlieren: Indem die allseitige Entwicklung menschlicher Fähigkeiten auch im nichthierarchisch und bedürfnisorientiert organisierten Produktionsprozeß möglich sein wird, entstehen die Voraussetzungen für eine Haltung, in der mehr Sein vor mehr Haben geht. Erst dann kann der verhängnisvolle Kreislauf der Produktion von immer mehr Waren, die nutzlos, kurzlebig und zur Befriedigung von Bedürfnissen immer weniger tauglich sind, zur Ruhe kommen in einer Lebensweise, die mit Ressourcen sparsam umgeht und die gesellschaftlich notwendige Arbeit auch dadurch zu reduzieren weiß, daß bestimmte Waren und Bedürfnisse nach ihrem tatsächlichen Gebrauchswert hinterfragt werden.

Hermann Klosius



"Ich habe gerade das Feuer erfunden und damit für alle Zeiten die Energiekrise gelöst"

5 Thesen zur Alternativbewegung

1. In manchen Kreisen existiert ein eklatanter Mythos bezüglich nicht-kapitalistischer Produktionsweisen. Als kapitalistisch wird nicht etwa die Totalität einer Produktionsweise, sondern vordergründig die Existenz gewisser Hierarchien verstanden. Womit m.E. Ursache und Wirkung vertauscht werden: nicht die autoritäre Hierarchie erzeugt eine Produktionsweise, sondern die Warenproduktion eine ihr entsprechende Betriebsorganisation. Kapitalismus ist ein Charakter der Vergesellschaftung, nämlich die vollständige Unterordnung von Bedürfnissen und deren Befriedigung unter den Warencharakter der Produktion. Manche Gruppen bilden sich offenbar ein, selbigen gruppenspezifisch überlisten zu können, indem sie keine rigide, autoritäre Betriebshierarchie etablieren ("der Betrieb wird kollektiv geführt," "lauter liebe Leute...")

2. Ein noch wesentlich mehr verbreiteter Mythos ist der der Entspezialisierung: so, als ob es möglich wäre, eine Arbeitsorganisation zu etablieren, in der wieder jeder alles kann ("überschaubare Einheiten"). Die Arbeitsteilung zerfällt m.E. in zwei Problemkreise: der historische Prozeß der Naturaneignung und die aktuelle kapitalistische Form der Produktionsverhältnisse. Ersterer ist nicht mehr rückführbar (bei Strafe unseres Untergangs), zweitere ist humanisierbar (z.B. sind KKW's nicht unbedingt notwendig, weil auch sanfte Technologien bei entsprechendem Einsatz genügende Leistung erbringen). Die "allseits entwickelte Person, die morgens fischt und" . . . sollte als sträflicher Romanzismus endlich begraben werden. Statt ihrer bedarf eine emanzipierte Gesellschaft kritischer Fachleute, die sich bewußt vergesellschaften! "Und man muß jetzt begreifen, daß man mit dem Gerede, daß jeder alles tun könne, ein für allemal ein Ende machen muß. Wir brauchen unseren eigenen Fachmann..." (Nikolai Bucharin).

3. Ein dritter nervender Mythos ist der der angeblichen Naturversöhnung! Was hat man sich denn darunter vorzustellen? Im Info-Blatt der ÖKO-Bewegung, das in der AKIN 22/79 abgedruckt wurde, wird der Eindruck erweckt, als existiere 1., eine direkte Telefonleitung zur Natur, durch die uns selbige gönnerhaft mitteilt, daß sie uns (der Menschheit) grollt; und als sei es 2., der technische Fortschritt, der Erfindungen zu Destruktivkräften entar-

ten läßt. Marx raus und Goethes Zauberberlehring rein . . . In Wirklichkeit ist die Naturaneignung eine stark vermittelte! Wir zerstören nicht die Natur, sondern wir transformieren sie (in einer materialistischen Betrachtungsweise): z.B. existiert die Tendenz, die höherwertige kinetische Energie systematisch in die minderwertigere Form der Wärmeenergie zu verwandeln (durch ein Feuerzeug ebenso wie durch ein Atomkraftwerk). Die Idee einer Naturzerstörung scheint mir idealistisch zu sein. Zumindest waren die Konsequenzen bislang Domäne von Oswald Spengler und den Wandervögeln. Man muß jedenfalls kein Fortschrittsfanatiker sein, um Hysterien einerseits und Illusionen über die Machbarkeit kleiner überschaubarer Einheiten (in einem größeren gesellschaftlich-relevanten Rahmen) zurückzuweisen.

4. Eben weil wir nun ein vermitteltes Verhältnis zur "Natur" haben, und weil die Arbeit (begriffen als Naturaneignung, -aufarbeitung und -abarbeitung) mit einem nicht diskussionsfähigen Objekt zusammenhängt, liegt der tiefere Sinn von Marxens Definition des gesellschaftlichen Reichtums auf der sozialen Ebene. Reichtum, hier verstanden als kommunikativer Reichtum, eröffnet

erst die Möglichkeit, die "Freiheit jenseits von Notwendigkeit", in die angeblich ehernen Natur zu intervenieren. Aber diese Intervention, dieses gesellschaftliche Projekt, diese Technik ist durch unser sozio-politisches Vorverständnis vermittelt!

5. Aus dem bisher Gesagten leitet sich meine Einschätzung der Alternativbewegung ab: sie kann sich nur in gewissen Residuen einnisten, die einer vollständigen Vergesellschaftung bislang entgangen sind. Diese Residuen sind in Krisenzeiten gar nicht so klein! Aber die Bewegung kann zwei Hürden nicht nehmen: die Ökonomik und die eigene Geschichte. Die Ökonomie insofern, als die Tendenz zur Selbstaubeutung einfach nicht zu übersehen ist. Und die eigene Geschichte insofern, als nicht zu übersehen ist, daß die Menschen dieser Bewegung aus der Studentenbewegung kommen, die vollständige Niederlage der Studentenzeit einfach nicht anerkennen und sich zu "Praktikern" einer Emanzipation erklären, die ich beim besten Willen nicht sehe.

Otto Raschauer



ALTERNATIVE ENERGIEQUELLEN

Wachstum oder Steinzeit?

Unter dem Titel «Multis, Oel und Panikmache» hat Iris Freytag die Hintergründe der gegenwärtigen Energiekrise durchleuchtet (ZD Nr. 30, 31, 37). Sie beschäftigte sich mit der Einschätzung der Krisenerscheinungen, der künstlichen Verknappung des Erdöls, der Panikstimmung in den Medien, mit den Strategien der Multis und mit den Verflechtungen in der Atomindustrie. Im folgenden geht es um die Konsequenzen, die man aus der Energiekrise ziehen muß, und vor allem um die Frage der Wirtschaftspolitik: Brauchen wir tatsächlich ein ständig steigendes Wirtschaftswachstum, steigt unser Energieverbrauch weiter an und sind wir in der Lage, unseren Bedarf an Energie durch die Nutzung alternativer Quellen, zum Beispiel Wind- und Sonnenenergie, zu decken?

*

Wir haben bereits gesehen, welche Interessen hinter der gegenwärtigen «Energiekrise» stehen, wo die Gemeinsamkeiten zwischen Multis und Regierungen liegen und welche Ziele die Atomindustrie verfolgt. Die Oelpreiserhöhungen und die künstliche Verknappung wird rücksichtslos auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt und in aller Öffentlichkeit mit geradezu zynischen Bemerkungen kommentiert; so ließen Sprecher der Esso und BP verlauten, die beste Lösung des Benzinengpasses sei doch immer noch, den Marktkräften freien Lauf zu lassen und die Benzinpreise so hoch klettern zu lassen, daß letztlich der Verbrauch schon eingeschränkt werde nach dem Motto: Wer ein hohes Einkommen hat, darf und kann häufiger sein Auto benutzen.

Maßnahmen, wie Geschwindigkeitsbegrenzungen, werden von den Interessenverbänden der Automobilindustrie ebenso energisch abgelehnt wie von der Bundesregierung, und nach wie vor werden Stromgroßabnehmer durch billige Tarife für Energieverschwendung belohnt. Wie ernst sind also die Beteuerungen der Regierung, daß die geplanten Energiesparmaßnahmen konsequent durchgeführt werden müßten? Und kann es überhaupt im Interesse der Atomindustrie liegen, daß weniger Energie verbraucht wird?

Sinkende Wachstumsraten

Werden die Atomprogramme verwirklicht und alle geplanten Kernkraftwerke in Betrieb genommen, so wird vermutlich sehr schnell eine Ueberkapazität entstehen. Spätestens jetzt wird das Argument vom steigenden Wirtschaftswachstum vorgebracht, wo aber existiert dieses Wachstum?

Selbst offizielle Statistiken gehen mittlerweile davon aus, daß hohe Wachstumsraten in Zukunft nicht mehr zu erwarten sind; seit Anfang der siebziger Jahre (seit etwa 1974) lag das durchschnittliche jährliche Wachstum der Industrie in der BRD bei etwa zwei Prozent. Zurückgeführt wird diese Entwicklung auf das Fehlen lukrativer Absatzmärkte in den Industrieländern, aber auch auf die Ueberakkumulation von Produktionskapazitäten. André Gorz bemerkt hierzu, daß «derartige Krisen der Ueberakkumulation in der Vergangenheit entweder durch Kapitalzerstörung, hauptsächlich Kriege, überwunden (wurden) oder durch technische Revolutionen, die fast immer auch Nebenwirkungen des Krieges waren».

Hinzu kommt, daß die Kosten des wirtschaftlichen Wachstums gestiegen sind, sowohl durch gesetzlich vorgeschriebene Umweltschutzmaßnahmen als auch durch immer knapper und teurer werdende Ressourcen. Für das Wirtschaftswachstum waren in der Vergangenheit ein enorm hoher Verbrauch an Energie und Rohstoffen notwendig, aber nur wenige, nämlich die Unternehmer, konnten davon profitieren.

Für die Masse der Bevölkerung blieb die Lohnentwicklung hinter der Steigerung der Unternehmergewinne zurück, und das Wirtschaftswachstum brachte kaum mehr spürbare Verbesserungen des Lebensstandards oder der Lebensqualität mit sich. Im Gegenteil, die Kritik an den Lebens- und Arbeitsbedingungen nimmt ständig zu und äußert sich in wachsendem Umweltbewußtsein bis zu Forderungen nach verkürzter Arbeitszeit, Beseitigung monotoner Arbeiten usw.

Produktionsverlagerungen in Dritte-Welt-Länder und steigende Technologieexporte haben zwar zum Wachstum weniger, in diesem Bereich tätiger Branchen, beigetragen, doch insgesamt wird die Wirtschaftslage durch Rezession in den USA und Europa bestimmt. Schon jetzt wird sichtbar, daß auch die Exportbranche, die bisher entscheidend zum Wachstum beigetragen hat, von der Rezession betroffen ist. In einer Studie des Münchner Ifo-Instituts wird festgestellt, daß die Oelpreiserhöhungen nicht wie bei der letzten Oelkrise durch einen Zuwachs der Ausfuhr aufgefangen werden können, und daß die deutsche Wirtschaft in den nächsten Jahren mit einem beträchtlichen Defizit in der Leistungsbilanz rechnen muß.

Nach Meinung der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) stehen den Industrieländern in den nächsten Jahrzehnten ohnehin tiefgreifende soziale und wirtschaftliche Veränderungen bevor, die die Fortführung einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik in Frage stellen; die Internationalisierung der Industrie, der verstärkte Anteil der Dritten Welt an der Industrieproduktion werden zu einem veränderten wirtschaftlichen Gleichgewicht führen.

Geht man davon aus, daß in naher Zukunft Wachstumssteigerung, wie sie in der Vergangenheit erreicht wurden, nicht mehr realisierbar sind, dann ist die Panik in Bezug auf die Energieversorgung unbegründet.

Die zur Zeit bekannten und abbaufähigen Welterdölvorräte würden allein, andere Energiequellen nicht eingerechnet, den Energieverbrauch der gesamten Welt für 36 Jahre decken; nimmt man Erdgasvorkommen und Kohlevorräte hinzu, so würden die «klassischen Energieträger» den Verbrauch für etwa 150 Jahre abdecken, unter Einbeziehung der viel zu hoch angesetzten Wachstumsraten von 4 bis 5 Prozent.

Eine ganze Reihe von Studien beschäftigt sich mit diesen mehr oder weniger theoretischen Ueberlegungen, aber trotz dieser zunächst beruhigenden Prognosen ist es jetzt notwendig.

— alternative Energiequellen zu nutzen und neue Techniken weiterzuentwickeln, zum Beispiel Sonnenkollektoren in die industrielle Massenfertigung zu bringen, um von der Preis-

politik und den Manipulationen der Multis im Energiesektor unabhängig zu werden.

— unsere Einstellung zur Energieanwendung zu verändern, die massenhafte Verschwendung einzustellen, die Energie besser und sinnvoller zu nutzen und gleichzeitig mehr Lebensqualität zu gewinnen.

Nutzung der Sonnenenergie

Die verteilten Subventionen für die Entwicklung alternativer Energien entfallen in erster Linie auf die Kernenergie. Sonnenenergie, Erdwärme oder die Nutzung der Windenergie scheinen eher als exotische Forschungsbereiche angesehen zu werden. Aber nicht nur das: Bemühen sich energiebewußte Bürger darum, Sonnenkollektoren zur Beheizung und Warmwasserversorgung zu nutzen, wird es ihnen mit der, angesichts der Verschandelung unserer Städte grotesk anmutenden Begründung, verwehrt, solche Kollektoren würden das Stadt- oder Landschaftsbild verunzieren:

Die Nutzung der Sonnenenergie würde uns nicht nur unabhängiger machen, sie würde auch eine weitgehende Dezentralisierung des Energieversorgungssystems ermöglichen, verbunden mit einem hohen Grad der Selbstversorgung. Die sich zuspitzenden Konflikte um die Verteilung der Energie zwischen energiearmen und energiereichen Ländern könnten durch die Nutzung der Sonnenenergie entschärft, die Gefahr eines «Oelkrieges» reduziert werden.

Durch photobiologische und photochemische Methoden der Sonnenenergienutzung ist diese Energieart auch für unsere Breiten interessant. «Die Sonnenenergieeinstrahlung ist in den nördlichen Industrieländern, insbesondere auch in Mitteleuropa, einerseits stark genug, um einen gewissen Selbstversorgungsanteil zu decken. Zum Beispiel würden bei einer Rationalisierung des derzeitigen Primärenergieeinsatzes auf die Hälfte, für ein Sonnenenergiesystem mit 14 Prozent Wirkungsgrad bei einer Einstrahlung von 100 W/m², bei einem Selbstversorgungsgrad von 50 Prozent und bei einer Deckung der Hälfte des Energiebedarfs durch Sonnenenergie, insgesamt 1,5 Prozent der Fläche der Bundesrepublik benötigt ...» (aus K. M. Meyer-Aibich; Energiebedarf und Energienachfrage)

Gemischte Systeme von Sonnenkollektoren und Wärmepumpen sind geeignet, die für Heizung und Warmwasserversorgung benötigte Energie zu liefern. In den USA ist die Solartechnik entgegen der weitverbreiteten Meinung schon so weit entwickelt, daß ein großer Teil des Energiehaushaltes vorrangig die Haus- und Warmwasserheizung, durch Sonnenenergie gedeckt werden kann. James P. Ince vom Verband der Sonnenindustrie in den USA, ist davon überzeugt, daß es bei mehr als 100 Herstellern auf diesem Gebiet lediglich noch ein Problem der mangelnden Nachfrage ist, daß die Solartechniken verstärkt angewendet werden.

«Die Möglichkeiten der Sonnenenergienutzung sind ebenso unerschöpflich wie die Sonnenstrahlung selbst», meint Pierre Fornallaz, der für die Schweiz, die heute zu 85 Prozent von Oel- und Uranimporten abhängig ist, nachweist, daß sie mit Hilfe der Sonnenenergie in fünfzig Jahren einen hohen Grad an Selbstversorgung erreichen kann.

Sind Alternativen wirtschaftlich?

Und wie sieht es mit der Wirtschaftlichkeit aus? Man muß wohl voranstellen, daß die Wirtschaftlichkeit bei der Ent-

wicklung alternativer Energieträger bisher nur bedingt eine Rolle gespielt hat; es dürfte schwerfallen, eine Wirtschaftlichkeit der Kernenergienutzung im gesamtgesellschaftlichen Sinne festzustellen, wohl aber eine «Wirtschaftlichkeit» der Profite der Atomindustrie.

Fornallaz weist nach, daß Preisvergleiche zwischen den klassischen Energieträgern und zum Beispiel der Sonnenenergie nicht berücksichtigen, daß der Einsatz der Sonne eine unerschöpfliche Energiequelle darstellt, das Oel irgendwann einmal abgebaut ist, die Preise für Erdöl zum einen erheblichen Schwankungen unterliegen, zum anderen der Oelpreis selbst nur einen Teil der effektiven Kosten (Umweltverschmutzung beim Transport, Abwärme usw.) nicht berücksichtigt werden. Die Wirtschaftlichkeit der Sonnenenergie steht außer Zweifel, wenn man bedenkt, daß durch dezentralisierte Kleinanlagen lange Transportwege überflüssig werden und die Störungen der Biosphäre vermieden werden können.

Neben der Sonnenenergie sind auch andere Energiearten seit langem bekannt und genutzt, wenngleich nicht in dem Ausmaß wie Oel oder Kohle. Größeren Anteil des benötigten Stroms könnten aus Wasser- oder Gezeitenkraftwerken gewonnen werden. Löhnen würde sich auch der Rückgriff auf die Windenergie, die im 19. Jahrhundert eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt hat. «Nach Schätzungen der World Meteorological Organization könnten an den bevorzugten Windecken der Erde zusammen rund 20 Millionen Megawatt Elektrizität kommerziell hergestellt werden — gut das Zehnfache der gegenwärtigen Stromerzeugung» aus Windenergie. Auch die Erdwärme ließe sich in geologisch geeigneten Gebieten besser nutzen.

Die Vorteile alternativer Energien liegen auf der Hand: Die Umwelt wird weder durch radioaktive Strahlungen und Atommüll belastet, noch durch Abgase und Staub, die bei der Verbrennung von Kohle und Oel entstehen. Selbst für das Auto, dessen Kraftstoff schwer zu ersetzen ist, kommt die Bio-Masse, Methanol und Aethanol als Treibstoff in Betracht, die im übrigen in anderen Ländern, zum Beispiel Skandinavien schon häufiger benutzt werden.

Neben der Nutzung alternativer Energien können zusätzlich die klassischen Brennstoffe in verbesserter und umweltfreundlicherer Form verwendet werden. Durch einen Rückgriff auf altbewährte Methoden, wie Kohlehydrierverfahren, Anwendung umweltfreundlicher Kohletechnologien, verbesserte Abbauverfahren beim Schweröl, Teersand und Oelschiefer, könnte zwar die bisher billige Erdölförderung nicht ersetzt werden, doch es hätte den Vorteil, daß die noch vorhandenen Oelheizungen und andere Anlagen weiterhin benutzt werden könnten.

Diese keineswegs vollständige Darstellung von Nutzungsmöglichkeiten klassischer Brennstoffe und alternativer Energien zeigt, daß wir auf das Oel langfristig verzichten können, ebenso aber auch auf die Kernenergie. Gehen wir deshalb zurück in die Steinzeit, wie uns die Atomindustrie weismachen will, wenn sie die Schreckensvision skizzert, nach der in den nächsten Jahrzehnten die Lichter ausgehen werden? Nach weit verbreiteter Meinung führen schließlich Energieeinsparungen, wie sie von uns allen zur Zeit auch verlangt werden, zu einer Verringerung der Lebensqualität und des Lebensstandards.

Aber gibt es tatsächlich den unmittelbaren Zusammenhang zwischen einem hohen Energieverbrauch und hohen Lebensstandard oder sogar Lebensqualität?

Absinken der Lebensqualität?

«Kein Mensch wird behaupten wollen, daß der Bürger der USA, der zwei- bis dreimal mehr Energie beansprucht als der Deutsche, auch eine zwei- bis dreimal höhere Lebensqualität genießt. Die Schwelle der Kontraproduktivität — über diese Schwelle hinaus bewirkt zusätzlicher Energieeinsatz eine Verminderung der Lebensqualität — ist vielleicht wie bei der Ernährung durch biologische Grenzen bestimmt. Eine genügende und gesunde Ernährung erhöht die Lebensqualität, Völlerei vermindert sie. Eine Energiemenge, welche behagliches Wohnen, gesicherte, befriedigende Arbeit und genügende Mobilität garantiert, erhöht die Lebensqualität. Ein Uebermaß an Energieeinsatz zerstört sie wieder durch künstliches Wohnklima, entseelte Arbeit und verstopfte Straßen.»

Fornallaz gibt hier die Grenzen des Energiebedarfs an; die Befriedigung grundsätzlicher Bedürfnisse wie Behaglichkeit, Warmwasser, Beleuchtung und Telekommunikation ist durchaus sinnvoll und «von Nutzen».

Aber über diesen doch abgespeckten Energiebedarf hinaus wird eine Energienachfrage erzeugt, die in keinem Verhältnis mehr zum Nutzen steht. Die Konsumgesellschaft produziert am laufenden Band Geräte mit hohem Energieverbrauch und erweckt damit eine Energienachfrage am Markt mit der Folge, daß hohe gesellschaftliche Kosten notwendig sind, um diese Nachfrage jederzeit abdecken zu können.

Abgesehen davon, daß man eine Vielzahl von Haushaltsgeräten ebenso wie Autos mit geringen technischen Veränderungen so konstruieren könnte, daß der Energieverbrauch sinkt, wird die von Fornallaz beschriebene Schwelle des Umkippens der Lebensqualität überschritten und ein Maß an Technisierung erreicht, daß Menschlichkeit nicht mehr zuläßt.

Die künstlich am Markt erzeugte hohe Energienachfrage nützt längst nicht mehr den Konsumenten, sondern allein der Energiewirtschaft. Und sie ist es auch, die nicht müde wird, zu beteuern, daß unser Lebensstandard bei sinkendem Energieverbrauch rapide sinken wird.

Massenhafte Energieverschwendung

Dabei ließe sich die enorme Energieverschwendung oftmals durch einfache Maßnahmen erheblich reduzieren, nämlich durch bessere und sinnvollere Nutzung der vorhandenen Energie. Zum Schrecken der Energiewirtschaft hat sogar Erhard Eppler erhebliche Einsparungen bei allen Arten von Energieverbräuchen vorgerechnet. Das beginnt bereits bei einer verbesserten Wärmedämmung in den Gebäuden und dem Abschalten nächtlicher Beleuchtung (Einsparung ca. 30 Prozent); die verstärkte Wärmerückgewinnung durch Wärmetauscher und Wärmepumpen würde den Energieverbrauch ebenso senken können wie eine Nutzung der Abwärme bei Industrieunternehmen: «Die Kraft-Wärme-Kopplung — industrielle Abwärme in Heizsysteme eingegeben — würde allein in Westdeutschland im Jahre 2000 etwa 34 Millionen Tonnen SKE an Heizkraft bringen — die Hälfte des gegenwärtig für die Raumheizung verpulverten Heizöls.»

Ein Zitat aus dem Jahre 1977 belegt, daß man bereits damals die Dimensionen der Energieverschwendung hätte klar erkennen können: «Allein aus dem Wasserdampf, der zu allerlei industriellen Prozessen benutzt wird, ließen sich bei läufig, über elektrische Generatoren geleitet, zusätzliche 21 000 Megawatt gewinnen, etwa so viel, wie (der damalige) Bundeswirtschaftsminister Friedrichs nach der Energie-Grundlage ... sich für 1985 aus den umstrittenen Kernkraftwerken erhofft.» Man mag es kaum glauben, aber laut «Spiegel» ist es eine Tatsache, daß die öffentlichen Elektrizitätswerke sich weigern, überschüssigen, in Kraftwerken der Industrie produzierten Strom zu nutzen und in das allgemeine Verteilungssystem mit aufzunehmen.

Eine sinnvollere Nutzung der Energie bezieht sich auch auf den Einsatz und die Verwendung der verschiedenen Energiearten. Zum Beispiel gehen bei der Umwandlung von Brennstoffen in Strom etwa 60 Prozent als Abwärme verloren, so daß das Beheizen von Wohnungen mit elektrischer Energie auch bei sparsamstem Verbrauch und guter Isolierung der Räume an sich schon eine enorme Energieverschwendung darstellt. Sinnvoller wäre es, eine Verbindung der verschiedenen Energienutzungsarten herzustellen, die auf den Bereich des Verbrauchs abgestimmt ist: es läßt sich leicht feststellen, daß der größte Anteil (50 Prozent) auf Niedrigtemperaturwärme entfällt, nämlich für Heizung und Warmwasser, und dieser Verbrauch könnte sehr gut durch Abwärme gedeckt werden.

Ein erheblicher Teil der Energieverschwendung kann somit bereits durch eine sinnvollere Nutzung der vorhandenen Energie und durch einfache Einsparmaßnahmen wie verbesserte Isolierung u. a. beseitigt werden. Bessere Energienutzung führt ohne Zweifel dazu, daß mit weniger Einsatz von Energie der gleiche Nutzen erreicht werden kann und unter Einbeziehung alternativer Energien wäre unsere Umwelt weitaus weniger belastet, und zwar ohne, daß wir gleich in die Steinzeit zurückfallen müßten.

Eine veränderte Einstellung zur Energieanwendung (und -verschwendung) muß dahin kommen, daß jedem einzelnen bewußt wird, daß mehr Energie nicht gleichzusetzen ist mit mehr Lebensqualität. Dennoch ist die Energieverschwendung keinesfalls ein Problem des Einzelnen, es ist ein gesellschaftliches Problem, dessen Lösung eine neue Politik sein muß, entstanden auf der Basis eines ständig anwachsenden Umwelt- und Energiebewußtseins.

Ein Teil der zur Energieeinsparung aufgeführten Möglichkeiten, wie verbesserte Wärmedämmung, sind keinesfalls «revolutionär» zu nennen und werden ja sogar von den Regierungen und den internationalen Konzernen gutgeheißen, nämlich solche Möglichkeiten, die das System der blindwütigen Produktivität im Sinne der Profitinteressen nicht in Frage stellen. In Frage gestellt wird die Struktur unserer Gesellschaft durch eine veränderte Produktions- und Lebensweise und durch eine dezentralisierte Energieversorgung, die den Einzelnen weitaus mehr Kontroll- und Einflußmöglichkeiten über Energieverbrauch und -produktion geben würde. Nur das dezentrale Konzept geht davon aus, daß, so Theo Ginsburg, mit den vorhandenen Mitteln und Ressourcen wirtschaftliche Aktivitäten und Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse erreichbar sind. Im Gegensatz zu dieser rationalen Verwendung von Energie sieht das zentrale Konzept vor, das Angebot an Energie so zu steigern, daß jederzeit jede

Nachfrage gedeckt werden kann, Energie also im Ueberfluß vorhanden sein muß.

Arbeitslos durch Energieeinsparungen?

Bei dem zentralen Konzept spielen die Sachzwänge eine große Rolle. Es wird argumentiert, daß Produktionssteigerungen einen immer größeren Energieeinsatz erfordern, und kann dieser nicht realisiert werden, sind die Arbeitsplätze in Gefahr. Bringen neue Kernkraftwerke wirklich neue Arbeitsplätze und wird die ohnehin schon hohe Arbeitslosenquote tatsächlich weiter ansteigen, wenn wir Energie einsparen und auf alternative Energien zurückgreifen?

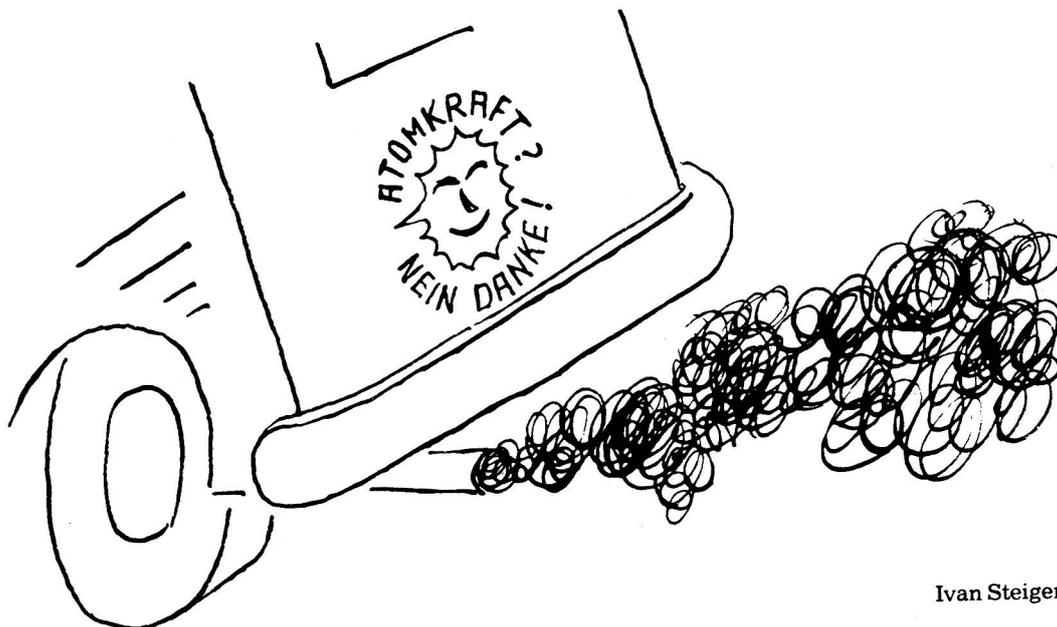
Die Kernkraftbefürworter, aber auch die Gewerkschaften, vertreten gern die Meinung, daß Atomstrom die Vollbeschäftigung sichert. Unter der Voraussetzung, daß der Atomstrom zukünftig billiger sein wird als andere Energiearten, können Länder mit entwickelter Kernenergie auf dem Weltmarkt Konkurrenzvorteile erzielen. Massarrat weist nach, daß dies insbesondere für Exportbranchen mit hohem Energieverbrauch gilt, wie zum Beispiel für die eisenschaffende Industrie und Chemieindustrie, die durch den Einsatz billiger Energien zunächst ihren Marktanteil international erweitern können, so daß kurzfristig im nationalen Rahmen mehr Arbeitsplätze benötigt werden. Der Beschäftigungseffekt wird jedoch hinfällig, sobald die übrigen Länder ebenfalls auf die Kernenergie zurückgreifen.

Entscheidender scheint allerdings zu sein, daß durch den vermehrten Einsatz von Energien ein immer höheres Maß an Technisierung erreicht wird; das bedeutet, daß die menschliche Arbeitskraft immer stärker durch den Einsatz hochtechnisierter Anlagen überflüssig wird, vor allem dann, wenn langfristig billige Energie geliefert werden kann. Es ist wohl anzunehmen, daß der Effekt «Sicherung der Arbeitsplätze» eher ins Gegenteil verkehrt wird.

Zweifelloos kommt der Arbeitsplatzsicherung eine große Bedeutung zu, denn zur Lebensqualität gehört auch ein gesicherter Arbeitsplatz. Wie sieht es nun mit der Beschäftigungssituation bei der Durchsetzung alternativer Energieversorgungskonzepte aus? Vergleichende Zahlen über die genauen Auswirkungen auf den Beschäftigungseffekt gibt es noch wenige, doch läßt sich daraus entnehmen, daß Kernkraftwerke ebenso wie die herkömmlichen Kohlekraftwerke eine geringere Arbeitsintensität aufweisen als zum Beispiel die Verwendung von Solaranlagen. «Der relative Arbeitsplatzeffekt von Alternativtechnologien insgesamt hängt davon ab, welches Gewicht die einzelnen Technologien bei der Deckung des Gesamtbedarfs erhalten. Nimmt man einmal an, daß solare Wärme 70 Prozent, Biomassekonversion 20 Prozent und Wind- und Solarzellen je 5 Prozent des Energiebedarfs decken, so ergibt sich eine im gewichteten Mittel mindestens zweimal so hohe Arbeitsintensität wie für nuklear-fossile Technologie.»

Die dadurch entstehenden höheren Lohnkosten werden durch den hohen Kapitalbedarf bei Kraftwerken und durch die Kosten des elektrischen Verteilungssystems aufgewogen. Arbeitsplätze im Bereich der alternativen Energien können im Vergleich zur Beschäftigung in Kernkraftwerken, wo mit langfristigen Genehmigungsverfahren gerechnet werden muß, relativ schnell zur Verfügung stehen. Hinzu kommt, daß bei der Verwendung von dezentralisierten Energiequellen die Beschäftigten entsprechend dezentral eingesetzt werden könnten. Der Nebeneffekt wäre, daß die jetzt häufig geforderte Mobilität der Arbeitnehmer reduziert werden könnte und Beschäftigungsmöglichkeiten auch in Gebieten mit hoher struktureller Arbeitslosigkeit geschaffen würden.

Ein doppelter Erfolg für eine alternative Energiepolitik, die unsere Wachstumsideologie fragwürdig macht und ein Wirtschaftskonzept erfordert, das sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht an Profiten.



Ivan Steiger

betrifft: rechtsstaat

Kunst im Rechtsstaat - Kriminell?

„Denk ich an Deutschland in der Nacht/dann bin ich um den Schlaf gebracht“ reimte schon 1843 Heinrich Heine und zielte auf die reaktionären Zustände in Staat und Justiz. Tatsächlich haben wir in der Rechtsentwicklung der BRD schon wiederholt Tendenzen ausfindig gemacht, die in eine bedenkliche Richtung hinauslaufen, speziell im Zusammenhang mit politischer Justiz und Gesinnungsschnüffelei („Berufsverbote“). Der liberal-humanistische Grundzug speziell der Strafrechtsreform in Österreich erscheint demgegenüber als Kontrast. Freilich, die Rechtsreform verwirklicht sich gerade auf diesem Gebiet über die Richter, über die man als Träger gesellschaftlicher Reformen höchst geteilter Meinung sein kann. Zwei Urteile in letzter Zeit haben die Bedenken eher gewaltig verstärkt – Urteile, die erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik Künstler unmittelbar im Zusammenhang mit ihrem Kunstwerk kriminalisiert haben. Die Konsequenz dieser Urteile faßte Rechtsanwalt Dr. Klaus-Peter Schrammel in einem Brief an seinen deutschen Kollegen Klaus Staack, der in Österreich als politisch engagierter Künstler durch eine Ausstellung seiner Collagen bekannt geworden ist, folgendermaßen zusammen: „Auf Grund dieses Urteils komme ich nicht umhin, Sie, sehr geehrter Herr Kollege, aufs äußerste davor zu warnen, Ihre Bilder in Österreich ohne Erlaubnis des Gerichtes oder der Staatsanwaltschaft zu präsentieren.“ Ja, die Folgen der beiden Urteile betreffen das Staatsgrundgesetz von 1867 in seiner Substanz, wie „offensiv links“ in seiner Strafanzeige gegen die Wochenpresse nachzuweisen versucht hat (siehe weiter unten).

Kunst und Rechtsstaat

Zwei Künstler sind verurteilt worden, nach dem Strafgesetzbuch, dem reformierten. In einem Fall, in dem des Falles Johann Linthaler, der für eine künstlerisch-kritische Darstellung der Schleyer-Ermordung mittlerweile rechtskräftig zu zwei Monaten Haft verurteilt wurde, bedingt zwar auf 3 Jahre, kann man noch den unmittelbaren politischen Zusammenhang geltend machen: Daß die bürgerliche Justiz stets dazu tendierte, explizite politische Gesellschaftskritik abzuurteilen, im Zweifelsfalle gegen den Angeklagten, haben wir in dieser Kolumne schon öfters aufzuzeigen gesucht.

Gerade im zweiten Fall, im Fall des Edwin Lipburger, wird die Tendenz des totalen Rechtsstaates spürbar und beklemmend. In einem der zahlreichen Urteile gegen Lipburger, einem vergleichsweise harmlosen, wo lediglich wegen Unterlassung eines Impressums verhandelt wurde, führt das Gericht in seiner 17-seitigen (!) Urteilsbegründung zu S 4.200,- Geldstrafe aus: „Es erscheint aber auch argumentationsmäßig nicht möglich, diesem Treiben des Beschuldigten tatenlos zuzusehen, um dadurch ähnlich veranlagte und von gleichartigen Ideen getriebenen Menschen zur Negierung der Gesellschaft,

der Rechtsordnung und zur unzumutbaren Belastung der Toleranzgrenze der Mitmenschen zu bringen.“

Verhandelt wurde, wohlgemerkt, um einen formaljuridischen Lapsus – den des Impressums –, wobei höchst umstritten war, ob im gegenständlichen Falle einer Presseaussendung ein solches überhaupt erforderlich war.

Verurteilt wurde wohl eher der Rat, den Lipburger dem Gericht in einem anderen Plädoyer gemacht hatte: *„Ich möchte den Gerichtspersonen für die Zukunft empfehlen, schlafen, schlafen und träumen, denn nur der Traum ist es, der des Menschen Auge für neue Möglichkeiten in seinem wachen Leben öffnet.“*

Der Fall Lipburger: Phantasie ist strafbar

Der Stein des Anstosses ist eine Kugel, die auf einem MUGEL befestigt ist. „Kugelmugel, ein Utopia auf Privatgrund,“ beschreibt Lipburger jenen Kugelbau, den er bei seiner Errichtung als „Gesamtkunstwerk“ definiert hatte: *„Kugelmugel ist nichts als eine von Kunst-Objekten bestimmte Raum-Kulisse einer utopischen ‚Ortschaft‘ ohne Einwohner und nicht die Wirklichkeit einer*

verbauten und bewohnten Siedlung (...) Das Gericht bedient sich absichtlich der falschen Rechtschreibung, indem es die Strafsache wie folgt ins Papier klopft: *Der Beschuldigte Edwin Lipburger hat 2 (zwei) Ortstafeln mit der Aufschrift Kugelmugel bzw. Ortsende von Kugelmugel aufgestellt. Nur die falsche Interpunktion ermöglicht dem Gericht die Strafverfolgung.“*

Freilich, es hilft nichts: Lipburger wird wegen des Verstosses nach § 314 zu 10 Wochen unbedingter Haft verurteilt (Amtsanmaßung) und sitzt diese auch voll ab.

1972 hatte Lipburger, heute 51-jährig, seinen lange gehegten Plan realisiert: Auf dem 2.000 m² großen Grundstück, Parzelle Nr. 1194, das Lipburger gepachtet hatte, errichtete er einen Kugelbau in Katzelsdorf bei Wr. Neustadt. Vor der Errichtung seines Kugelbaus sicherte er sich noch beim Bürgermeister von Katzelsdorf, Felix Böhm, ab, den er um Baubewilligung für eine „begehbbare Plastik“ ersuchte, die dieser ihm vor Zeugen mündlich erteilte. Seine Baupläne ließ er auch auf Statik (Standfestigkeit) überprüfen, dann setzte er seinen Holzbau ins Werk.

Kurze Zeit später begannen Konflikte: Dem Bürgermeister kamen Bedenken, er erinnerte sich seiner Verantwortung: Lipburgers antiautoritäres Verhalten schien suspekt, ungewohnt, sein Umgang mit den Behörden hatte wenig gemein mit dem, was man gemeinlich den Amtsweg nennt. Die Katzelsdorfer Idylle schien gefährdet, die Plastik erschien dem Bürgermeister schlechthin als Haus, und ein solches hat nun einmal nicht rund zu sein, schon gar nicht in Katzelsdorf: Entgegen seiner mündlichen Zusage erteilte er schriftlich Abbruchbefehl.

Lipburger, phantasievoller Künstler, fand einen Ausweg, der wiederum nicht der Amtsweg war: Er machte sich selbständig. 1975 gründet er das 10. Bundesland, Kugelmugel eben, das er – am Briefkopf – als Gemeinde, bei der Proklamierung als Bundesland, auf der – eigens angefertigten – Postkarte als „kleinste Republik der Welt“ bezeichnet und mit der Hauptstraße „Felix-Böhm-Straße“ versieht – nach dem Bürgermeister von Katzelsdorf benannt. Die Staatsbürokratie kann mit Lipburger ebensowenig anfangen wie Lipburger mit dieser, die ihm stets „eine Maschine (war), die unaufhörlich Leben entwertet.“ Sein Kampf gegen entfremdete, anonyme Lebensverhältnisse,

im Gehalt so unähnlich der antiautoritären Studentenbewegung der Sechziger Jahre nicht, auch nicht in den Kampfformen, wird von der Behörde mit kontinuierlicher Kriminalisierung geahndet.

Sichtbarstes Zeichen war der Ortstafel-Konflikt, in Österreich schon einmal in anderen Zusammenhängen unrühmliches Beispiel behördlicher Regelung politischer Konflikte: Zum sichtbaren Zeichen seiner Unabhängigkeit verfertigte Lipburger "Ortstafeln" mit der Aufschrift "Kugelmugel," als "poetische Symbolisierung," Symbol jedenfalls für die elementare Freiheit künstlerischen Ausdrucks.

Österreichische Behörden können mit Symbolen und – speziell – Phantasie vergleichsweise wenig anfangen: Die Ortstafeln werden zu wiederholten Malen beschlagnahmt, und zwar nicht nur, wenn sie sichtbar am Grundstückrand aufgestellt waren, sondern auch im Kugelbau selbst.

Die behördlichen Maßnahmen waren insgesamt rechtlich eher problematisch: Die "Ortstafeln" Lipburgers wiesen farbliche Abweichungen vor, hatten Handgriffe zum Transport, der blaue Streifen war schmaler als in der Straßenverkehrsordnung vorgesehen, zudem war ihre Aufstellung anders als im Gesetz vorgesehen, beide nämlich am rechten Straßenrand der Landesstraße Nr. 4091, entfernt zudem vom Straßenrand, eben auf Lipburgers Grundstück. Bei einigermaßen guten Willen hätte die Behörde recht unproblematisch auf jegliche Reglementierung verzichten können.

Allein: die Verhältnisse, sie sind nicht so. Und so wird Lipburger der Reihe nach zu höheren Geldstrafen, schließlich zu einer zehnwöchigen Haftstrafe verurteilt, alles in Verfahren, die ursprünglich mit Kugelmugel zu tun haben; vordergründig mit den Ortstafeln, in Wirklichkeit aber mit der Intention Lipburgers, selbstverwaltet zu leben, unentfremdet zu arbeiten – alles Zielsetzungen, die eben mit dem herrschenden System unvereinbar sind; oder, wie es in einer Urteilsbegründung des Bezirksgerichtes Wr. Neustadt heißt: Lipburger verfolgte Absichten mit vom Gericht "nicht nachvollziehbaren Gedanken- und Vorstellungsinhalten." Und das scheint neuerdings in Österreich strafbar zu sein.

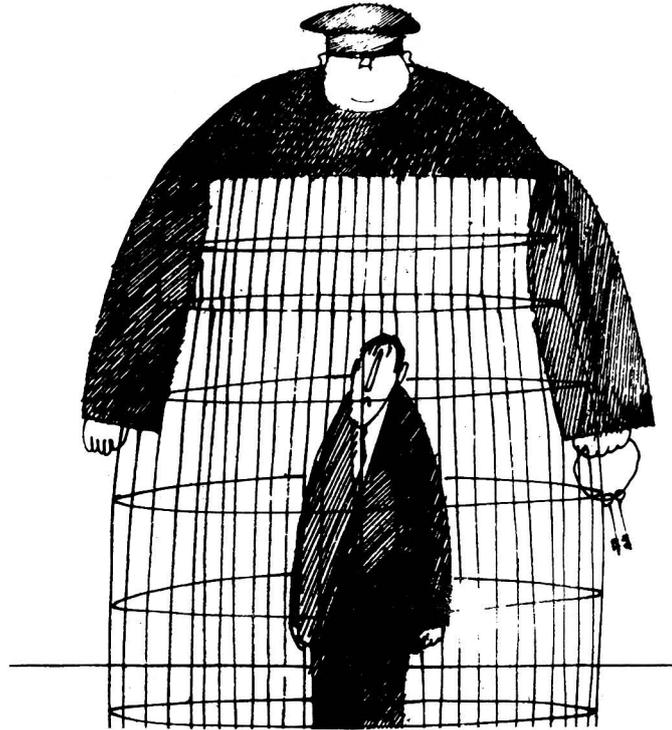
Was wirklich strafbar daran ist, führt eine andere Urteilsbegründung des gleichen Gerichtes wie folgt aus: "Das jeglichen behördlichen Anordnungen wiederholt und bewußt entgegengesetzte Verhalten, das vom Beschuldigten in einer Form gesetzt wird, um den ganzen Staatsapparat der Lächerlichkeit preiszugeben und die Behördentätigkeit als Unsinn darzustellen."

Das freilich hat nun Lipburger nicht allein getan: Das haben in der Hauptsache die Behörden selbst besorgt, erfolgreich.

Man muß die Urteilsbegründung zu den insgesamt 5 Verurteilungen gegen Lipburger in diesem Zusammenhang gelesen haben, insbesondere auch die Auseinandersetzungen des Bezirksgerichtes mit der Frage der Freiheit der Kunst ("Kunst wissenschaftlich gesehen ..." u. dgl. m.), man muß die verschiedenen Anzeigen lesen, die mutwilliges behördliches Vorgehen weit über die Grenzen der Lächerlichkeit

hinaus zeigen ("Bemerkt wird, daß die Benützung eines Lautsprechers in der dortigen ruhigen Landschaft u.U. von der do. Bevölkerung störend empfunden wird. Diesbezügliche Beschwerden sind ho. noch nicht eingelangt.") steht z.B. in einer Strafanzeige des Gendarmerie-Postenkommandos Wr. Neustadt).

Es geht allerdings um mehr als Lächerlichkeit: Die Tendenz zur Zensur. In Österreich mögen durchaus Richer vorrätig sein, die die Freiheitsrechte der Verfassung nicht zu interpretieren vermögen.



Der Fall Linthaler: "Verschleierung" der Kunst

Sogar die amtliche "Wiener Zeitung" empörte sich leise: "Die 'Kleine Zeitung' druckte die Grafik ab und entfachte eine Pressekampagne, die sich (. . .) gegen die Kärntner Hochschule richtete. (. . .) Nach Prozeß vertreten Beobachter die Meinung, daß es wahrscheinlich der erste Fall in Österreich sei, daß ein Künstler nach dem § 282 verurteilt wurde." (4. Juli 1979). Und die Kärntner Tageszeitung, deutlicher: "Mit dem Urteil wurde ein Schlag gegen die freie Kunst geführt" (4. Juli 1979).

Linthaler wurde zu zwei Monaten Haft verurteilt, wegen "Gutheißung mit Strafe bedrohter Handlung" (§ 282 StGB). Er hatte an der Universität für Bildungswissenschaften in einer Ausstellung, die vom Kulturreferat der Österreichischen Hochschülerschaft organisiert war, eine Grafik ausgestellt. Diese Grafik wurde am 17. März 1978 entwendet und ist seither unauffindbar.

Aus ungeklärten Gründen erschien am 19. März 1978 eine Reproduktion dieser Grafik in der Grazer "Kleinen Zeitung" ohne Wissen und Einverständnis des Künstlers. Nebst einem diffamierenden Artikel des offensichtlich weder künstlerisch noch über politische Zusammenhänge orientierten Chefredakteurs der "Kleinen Zeitung", Heinz Stritzl, nach dessen Erscheinen die Staatsanwaltschaft Klagenfurt Anklage erhebt.

In der "Kleinen Zeitung" wird ein Gastkommentar von einem nachgeschossen, der sich schon im Zusammenhang des "Tausendjährigen Reichs" mit "entarteter Kunst" beschäftigt hatte: FPÖ-Scrinzi weiß schon, was er meint, wenn er von "pietätloser Verhöhnung" schreibt.

Statt also den Verbleib der Grafik Linthalers zu recherchieren, deren Entwender möglicherweise im Zusammenhang mit der "Kleinen Zeitung" stehen

könnte (wie sonst hätte die "Kleine Zeitung" zwei Tage nach Ausstellungsende eine Reproduktion der Linthaler-Grafik drucken können?), und ein entsprechendes Strafverfahren gegen unbekannte, auszuforschende Täter einzuleiten, wird Linthaler belangt.

In der Verhandlung vor dem Landesgericht Klagenfurt weist Linthaler nochmals auf die korrekte, authentische Interpretation seiner Grafik hin: Er habe mit dieser seiner Grafik, speziell durch die Stilelemente des Kitsches und der Altertümlichkeit, der satirischen Darstellung also, Kritik an der Mentalität des Terrorismus anbringen wollen. Die künstlerische Auseinandersetzung mit zeitgeschichtlichen Ereignissen sei legitim. Sein Hinweis: *"Ich wollte mit dem Werk keinesfalls die Tat der Mörder Schleyers gutheißen oder gar zur Nachahmung empfehlen, sondern vielmehr lag mein Motiv darin, das Gegenteil zum Ausdruck zu bringen,"* wird jedem Betrachter der Grafik ohnedies klar.

Es ist wohl einmalig, daß Künstler die Interpretation ihres Werkes in einem Gerichtssaal vorbringen müssen und das Gericht es wagt, die Interpretation als Schutzbehauptung des Angeklagten abzutun. Und "wegen geklärt Rechtslage" sachverständige Zeugen wie den Direktor des Museums des 20. Jahrhunderts in Wien, Dr. Dieter Schrage, den Professor der Akademie der Bildenden Künste, Dr. Peter Gorsen und den international renommierten Künstler Alfred Hrdlicka abzulehnen. Die Befangenheit des Klagenfurter Bezirksrichters OLGR Dr. Kadiunig ist offensichtlich. Entlarvend das Druckfehlerteufelchen in der "Kleinen Zeitung" (oder hat der Redakteur Schwierigkeiten mit Fremdworten), wenn sie von dem "sehr loyalen Richter" schreibt. Loyal wohl mit dem Medienterrorismus der "Kleinen Zeitung."

Der Skandal liegt nämlich nicht nur in der Tatsache an sich, daß nämlich die Freiheit der Kunst der Zensur weicht. Er liegt auch im Detail, in der Akrobatik, mit der die Urteilsbegründung arbeiten muß, um überhaupt das Tatbild nach § 282 (2) StGB zu konstruieren: Zum Tatbild gehört auch die "Empörung des allgemeinen Rechtsempfindes." Die Strafanzeige, die gegen Linthaler eingebracht wurde, wo von den "zahlreichen Presseberichten" die Rede ist, die diese Empörung beweisen sollten. Nun ist der erste solche Presseartikel erst zwei Tage nach der Entwendung der Linthaler-Grafik erschienen. Es ist jener sattem bekannte, schon eingangs erwähnte Artikel des "Kleinen Zeitungs"-Redakteurs Stritzl, in dem sich dieser Schreiber darüber empört, daß sich außer ihm niemand empört habe. Die Empörung kam also nicht durch die Ausstellung zustande, sondern durch einen Artikel, der un-

sauber recherchiert, völlig unsachkundig und nahezu ohne Informationsgehalt von einem drittclassiten Provinzschriftsteller ins Werk gesetzt wurde.

Der "sehr loyale" Richter behilft sich – in seiner Urteilsbegründung einfach dadurch, daß er von der Ausstellung "in der Zeit vom 12.3. bis 20.3.1979" spricht, mithin der Artikel und die angebliche Empörung ursächlich mit der Ausstellung des Bildes verknüpft wurde. Tatsächlich, man erinnert sich, war die Sachlage genau nicht so: Die Grafik wurde am 17.3. entwendet, der Artikel nebst unbefugter Reproduktion erschien am 19.3.1978. Ohne weitere Begründung stellt das Gericht denn auch fest: *"Nach Ansicht des Gerichts ist das Werk geeignet, das allgemeine Rechtsempfinden zu empören."*

Selbstverständlich, daß Linthaler über seinen Rechtsanwalt Dr. Klaus-Peter Schrammel Berufung wegen Nichtigkeit, Schuld und Strafe erhebt. In der sehr sorgfältig ausgeführten Berufung kommt Dr. Schrammel zu dem Schluß: *"Erstausstauslich ist jedoch, daß nicht nur der Auslöser der Pressekampagne, der offen zugibt, keine Ahnung zu haben, diese oberflächliche Betrachtung pflegt, sondern auch das Erstgericht. Die Betrachter der Kunstaussstellung – und nur hierfür war die Druckgrafik bestimmt – erkannten offensichtlich, daß mein Werk nicht geeignet war, das Rechtsempfinden zu empören, sondern eine Warnung vor politischen Extremismus darstellen sollte."*

Nochmals werden die Zeugen, Kunst-sachverständige von internationalem Renome, beantragt.

Das Oberlandesgericht Graz als Berufungsgericht hat durch die Richter Dr. August Kohl (Vorsitzender), Dr. Erich Feil und Dr. Alfred Haslmayr das Urteil bestätigt.

Um die rechtlich entscheidenden Momente – und darum sollte man sich auch die Namen der Richter merken – drückt sich dieses Urteil einfach durch Verzerrung der Tatsachen: Die Ablehnung der Zeugen der Verteidigung wird gebilligt. Der Umstand, daß das Bild am 17. März entwendet worden ist, wird auf eigentümliche Weise hinwegbeurteilt: Da der Artikel der "Kleinen Zeitung" erst am 19.3. erschienen ist, sei *"das Berufungsvorbringen unrichtig, dieses Werk wäre bereits am 17.3.1978 entwendet worden."* Reimt schon der gute Wilhelm Busch, daß nicht sein kann, was nicht sein darf . . .

Ein anderes Moment, das wiederum beiden Fällen und überhaupt den Fällen von zensurierter, vormals freier Meinungsäußerung gemeinsam ist: die Frage der subjektiven Schuld.

Und hier zeigt sich, woran die Gesinnungsjustiz überhaupt krankt.

Schuld und Schuldeinsicht

Es ist nun – seit altersher – ein elementares Kriterium für die Strafwürdigkeit eines Vergehens, daß es dem Täter möglich sein muß, den Schuldgehalt seiner Tat zum Zeitpunkt einzusehen. Seit der Strafrechtsreform regelt obendrein der § 42 StGB die Schuldfrage recht einfach handhabbar. Nach § 42 StGB ist eine Tat unter anderem dann nicht strafbar, wenn die Schuld des Täters gering oder eine Bestrafung nicht geboten ist, um den Täter von strafbaren Handlungen abzuhalten.

Nun ist die Schuldhaftigkeit eines Künstlers, sich mit seiner Umwelt auseinanderzusetzen, ohne Zweifel geringfügig. Die subjektive Tateseite, daß nämlich der Künstler bewußt eine Straftat setzen wollte, kann nun tatsächlich nur von extrem repressiven Behörden angenommen werden. Charakteristisch die Äußerung eines Wr. Neustädter Richters: *"Die Bevölkerung beginnt sich zu fragen, was sich der Einzelne gegenüber dem Staat herausnehmen darf."*

Genau das ist aber eine der wesentlichsten Verheißungen des bürgerlichen Rechtsstaates, die er freilich kaum einzulösen vermag: Die Frage ist umgekehrt zu stellen. Die Fiktion des bürgerlichen Rechtsstaates geht eben davon aus, daß der Einzelne vor staatlichen Übergriffen zu schützen ist, seine Persönlichkeitsrechte hätten Priorität. Die Realität des Rechtsstaates ist jedoch die umgekehrte: Die wachsende Verrechtlichung umfaßt immer weitere Lebensbereiche, die Verstaatlichung gesellschaftlichen und individuellen Bereichs machen die Persönlichkeitsrechte zur – historisch variablen – Fiktion.

Hier sollte nicht übersehen werden: Faschismus ist nur die extremste Spielart des totalen, totalitären Staates. Im Keim angelegt in der Widersprüchlichkeit des "Rechtsstaates." Nicht grundlos spricht Bloch davon, die Persönlichkeitsrechte seien wohl Errungenschaften des Naturrechts und der bürgerlichen Revolution, zu stellbar wären sie aber erst im Sozialismus.

Die zwei Urteile haben uns dies wieder erschreckend vor Augen geführt. Sie gehen weit über die Freiheit des künstlerischen Ausdrucks hinaus. "offensiv links" hat dies mit der Strafanzeige gegen die Wochenpresse zu zeigen gesucht: In der Konsequenz dieser Urteile wird freie Meinungsäußerung zum offenen Widerspruch zu den zwei widersprüchlichen Prinzipien, des Rechts (als elementarer Persönlichkeitsrechte, der Menschenrechte eben) und dessen Verstaatlichung.

Ronny Pohoryles

Wer sind die Burggarten-Leute?

Die Besetzung der Phorushalle überraschte weite Teile der Linken. Die Aktion war spontan und – zumindest auf den ersten Blick – ohne Anlaß. Die Besetzer nennen sich 'Burggarten-Leute': Eine Schar junger Unzufriedener, die ihrer Unzufriedenheit Wochenende über Wochenende Ausdruck verleihen. Die Linke war und ist irritiert. Wer sind die Leute, die den Konflikt mit der Polizei suchen, so schien es jedenfalls eine Zeit lang. Was soll die Forderung nach Rasenfreiheit, was sind die Wünsche und Ansprüche die dahinter stecken?

Für offensiv links führte Christoph Reinprecht mit Betroffenen dieses Gespräch.

Scheiß-Woodstock – Future is now

OL: Wer seid ihr eigentlich, wie habt ihr euch gefunden, was macht ihr so?

Maria: Wir ham uns im Burggarten kennengelernt. Das heißt, wir sind halt als Gruppen hingegangen, wenn's schön war, ham uns wohlgefühlt, und wie's Schwierigkeiten gegeben hat, ham wir uns zusammengeschlossen.

Walter: Ja, das schöne war, daß wir über uns selbst in den Burggarten gekommen sind, und nicht über irgendeinen Verein oder so, darüber bin ich auch unheimlich stolz, daß eben nicht Parteibücher, Mitgliedschaften wichtig waren, sondern unsere Interessen.

OL: Was sind das für Interessen, welche Bedürfnisse stecken hinter der Forderung nach Rasenfreiheit?

Walter: Einmal, daß man uns Jugendliche nicht mehr als Trottel ansieht, und dann, daß man da rauskommt aus der scheiß-kommerziellen Welle, selbst entscheiden lernt, was man tut, wie man lebt und auch mitentscheiden bei der gesamten Stadtplanung. Wir werden ja pausenlos übergangen, das muß anders werden.

Maria: Ja, jeder von uns möchte ein Leben, wo was los ist, wo sich Leute rühren, wo sie selbst nach vorn kommen.

Igor: Der Burggarten steckt an, da ist es wichtig, daß andre aufwachen, so wie ich aufgewacht bin. Der Burggarten ist so ein Offenes Zentrum geworden, das ist ein echtes Bedürfnis.

Walter: Da kommt eben nicht andauernd ein Kellner und fragt dich, was du noch willst, drängt sich niemand auf. Wenn du allein sein willst, kannst alleine sein. Wenn'st Musik hören oder machen willst, es gibt genug Leute die Gitarren oder Flöte dabei haben, da kannst blöd

sein, dich ausspinnen. Da ist *alles* möglich, das ist nicht einmal im Amerlinghaus möglich.

OL: Ihr erlebt dort also kollektive Prozesse, man erlebt also nicht was alleine, sondern in der Gruppe, fühlt sich sehr schnell daheim.

Walter: Mir ist es zum Beispiel unglaublich leicht gefallen, mich zu integrieren, keiner hat mich ignoriert.

Maria: Im Frühjahr, wie's die ersten Schwierigkeiten gegeben hat, da haben wir uns begonnen, zu solidarisieren und haben auch gleich die Besetzung geplant. Das war schön, so viele Leute, ein tolles Gefühl, reingehn in den Burggarten und du warst daheim.

OL: Auch in der linken Öffentlichkeit gilt ihr als Bürgerkinder. Seid ihr ausschließlich Schüler?

Maria: Schüler, Lehrlinge, Studenten, wir sind eine gemischte Gruppe. Es sympatisieren auch Alte, die haben zwar ihre ideologischen Hämmer, sind aber freundlich.

Micki: Die Bürgerkinder sind die, die zufrieden sind, angepaßt sind, den Lebensstil ihrer Eltern kopieren, das heißt kein Bewußtsein haben: Wir sind keine Bürgerkinder, wir wehren uns dagegen, versuchen uns zu artikulieren, Bewußtsein zu entwickeln. Da gibts genug, die nicht kämpfen können. Wir wollen und lernen zu kämpfen.

OL: Dennoch kommt – wie unlängst beim Wiener-Szene-Live-Fest – die Kritik, daß es eine starke Gruppe Jugendlicher gibt, die Arbeiterjugend, die tagtäglich ihre Prügel bekommen, und ihr sie euch am Wochenende zum Freizeitspaß holt. Ist euch nur eure Unzufriedenheit und Situation wichtig oder versucht ihr euch zu solidarisieren?

Mick: Wir solidarisieren uns voll mit all jenen, die gegängelt werden. Aber jetzt weisen wir auf unsere Situation hin. Wir wollen nichts erklären müssen, sondern versuchen, solange politisch brisant zu sein, bis unsre Forderungen gehört werden. Wir besetzen zum Beispiel die Phorushalle, um aufmerksam zu machen, daß nix los ist in der Stadt. Die Forderung nach einem selbstverwalteten Kommunikationszentrum z.B. kommt aus der Aktion. Nicht vorher. Das ist bei uns sehr wichtig.

Maria: Die Repression trifft uns alle. Wir wollen nicht die 68er Generation weiterführen. Wollen was Neues, wollen zeigen, daß es uns allen nicht gut geht, daß sich was rühren muß.

Mick: Genau, wir haben dabei die 68er Generation wiederentdeckt und deren Niedergang und haben vor allem erkannt, daß wir nicht allein sind . . . da hat sich 15 - 20 Jahre was zusammengebraut, das jetzt losbricht. Wir brauchen die Möglichkeit zu agieren.

OL: Ihr sagt 68er Generation. Könnt ihr euch politisch definieren, seid ihr eine einheitliche Gruppe von Leuten?

Walter: Die meisten wissen zwar nicht, was links ist, aber alle sind gegen konservative, reaktionäre Gruppen.

Maria: Egal, wir sind eine Gruppe, die sich durch gemeinsame Betroffenheit und Ideen zusammenhält. Es gibt, je mehr wir zusammen sind, immer weniger Untergruppen, und immer mehr Nähe.

Mick: Aktionen, wo wie wir sie machen, sind immer linksradikal . . . Abseits aller austauschbaren Namen definieren wir uns durch die Aktionen, das sind unsere Ausdrucksmittel.

OL: Ihr sagt: wir wollen bewußt sein und uns artikulieren, versteht ihr konkret was darunter?

Mick: Ja, wir fordern ein selbstverwaltetes Kommunikationszentrum.

OL: Wie schaut das aus, wie könnt ihr euch den Betrieb in so einem Zentrum vorstellen?

Micki: Wir wollen ansetzen an den Erfahrungen des Amerlinghauses und der Arena-Bewegung . . .

Walter: und der Phorushalle, da haben wir erlebt, was passiert, wenn wir auf einmal auf uns gestellt sind.

Micki: Wir wollen einsteigen in einen Entwicklungsprozeß, der in Richtung

Selbstverwaltung geht, das Zentrum soll immer offen sein, die Einrichtung, die Gestaltung muß selbst von uns geschehen, wir wollen autonom und unabhängig sein . . .

OL: Und Geld, fordert ihr das von der Gemeinde?

Walter: Natürlich, auf die Verpflichtung der Gemeinde, Bedürfnisse der Jugendlichen ernst zu nehmen, müssen wir pochen. Wobei wir aber aufpassen müssen, nicht abhängig zu werden.

Maria: Die Suche nach Kommunikation ist bedeutsam für das Haus. Wir fordern Geld, aber lassen uns nicht verkaufen.

OL: Bis jetzt seid ihr von der Gemeinde nicht gerade freundlich behandelt worden. Habt ihr überhaupt vor zu verhandeln, das Amerlinghaus zum Beispiel ist nur durch Verhandlungen das geworden, was es ist – und natürlich durch die Besetzung. Dennoch: Wollt ihr verhandeln?

Mick: Nein, man hat uns bis jetzt immer sitzengelassen, wir haben kein Vertrauen mehr in diese Leute. Entweder reden sie mit uns allen, oder mit niemanden.

OL: Ihr äußert in allen Aktionen Unzufriedenheit. Die Linken haben immer versucht, sich inhaltlich abzusichern, versucht Unzufriedenheit umzusetzen in Wünsche und Forderungen, konkrete Ziele! Bis jetzt hört man nichts von euch, was sind eure Inhalte?

Mick: Das ist wurscht, läuft aber natürlich sehr unterschiedlich ab. Man denkt bei Aktionen nicht nach, die Aktion ist der Ausdruck einer Unzufriedenheit, das genügt. Wenn ein System schlecht ist, muß es umgestoßen werden. Utopien, Vorstellungen kommen dann, entwickeln sich erst.

OL: Geschieht die Stärkung durch die Aktion? Kann es da nicht auch eine Sättigung geben?

Maria: Wir werden durch Aktionen stärker, auch wenn in der Arbeit wir dann wenige sind. Ein Teil unserer Forderungen ist natürlich utopisch, man muß aber das Unmögliche fordern, um das Möglichste zu erreichen. Das ist auch mit der Rasenfreiheit so: Wenn wir andere Rasen bekommen und nicht den Burggarten, dann werden wir eben weiterkämpfen.

Walter: Die Scheiße mit den Utopien ist halt die, daß in unsrer Gesellschaft Utopien nicht einmal im Ansatz zu verwirklichen sind.

Mick: Und die Leute haben Angst vor uns, nicht aber weil wir Kinderverzahrer sind, das haben sie schon gemerkt in den Gesprächen am Info-Stand, sondern weil wir Bewußtsein verbreiten.

OL: Wochenende für Wochenende artikuliert ihr eure Wut. Wie schaut's im Alltag aus: in der Schule, am Lehrplatz? Geht dort die Wut in konkrete Aktionen

über, versucht ihr euch dort zu organisieren?

Mick: Wir werden in der Schule, am Lehrplatz pausenlos gegängelt, die Phorushalle ist ein Ausdruck davon. Wir erfahren täglich die Machtstrukturen dieser Gesellschaft, diese Gesellschaft ist unser Feind, wir müssen uns sensibilisieren, das ist ungemein wichtig, da merkst in der Schule, daß du nicht allein bist!

Maris: Natürlich meinen ein paar Leut, also gut, am Wochenende mach ma halt Revolution. So ist das natürlich auch nicht. Aber durch die Aktionen kommst ins Gespräch und einige wachen auch in der Schule auf und merken ein bißchen mehr, was los ist.

Walter: "scheiß woodstock – future is now", steht am Palmenhaus im Burggarten, genau das ist es ja. Nicht warten. Was tun. Erfahren, was man will. Ich habe Speditionskaufmann gelernt, und hab Schwierigkeiten gekriegt, weil ich mit der AKW-Plakette rumgange bin. Da hat dir auch die Gewerkschaft nicht geholfen, obwohl ich Jugendvertrauensmann war, die laßt dich eiskalt im Stich. Ich habe genug von der Gewerkschaft.

Igor: Bei mir im Betrieb haben wir einmal Mehrstunden gratis leisten sollen. Alle haben gesagt – Igor sei ruhig – ich war aber nicht ruhig, hab geredet hab einen Wirbel gemacht – und das hat die anderen mitgezogen.

Mick: Es gibt da auch noch die Bestrebung nach einer Schüलगewerkschaft, einer radikalen Vertretung der Schülerinteressen.

Maria: Was wichtig wär. Es heißt ja immer, kannst sagen, was du willst, wennst aber einmal den Mund aufmachst, kriegst eine in'd goschen.

OL: Wie schätzt ihr die VP ein, den Ideenmarkt? Ist das ernst zu nehmen, oder nur ein Anbiederungsversuch?

Maria: Der ganze Ideenmarkt war eine reine Vermarktung der Bürgerinitiativen.

Das ganze hatte parteipolitische Gründe, nicht mehr.

Mick: Die ÖVP hat eindeutig versucht, uns zu verkaufen. Durch ihre Politik hat sie ja auch die Besetzung provoziert und darum geworben. Bei der Besetzung haben sie selbst die Besetzung durchgesagt.

Walter: Da steht der Kraulitz auf der Bühne und sagt, is eh ois leiwand, i fäul selber auf die Gemeindejugendzentren. Wie der Kraulitz versucht hat, uns einzukaufen, und wir uns dann dagegen gewehrt haben, hams uns kriminalisiert, da hat er sich dann deklariert.

Maria: Der Busek hat z.B. in einem Gespräch gemeint, er selber tät gern in der Burggartenwiese liegen, sei aber eben eine Minderheit. Und beim AKW-Stand habens dir nicht nur die Anti-AKW-Plakette verkauft, sondern ein Pro-Wien-Pickerl geschenkt.

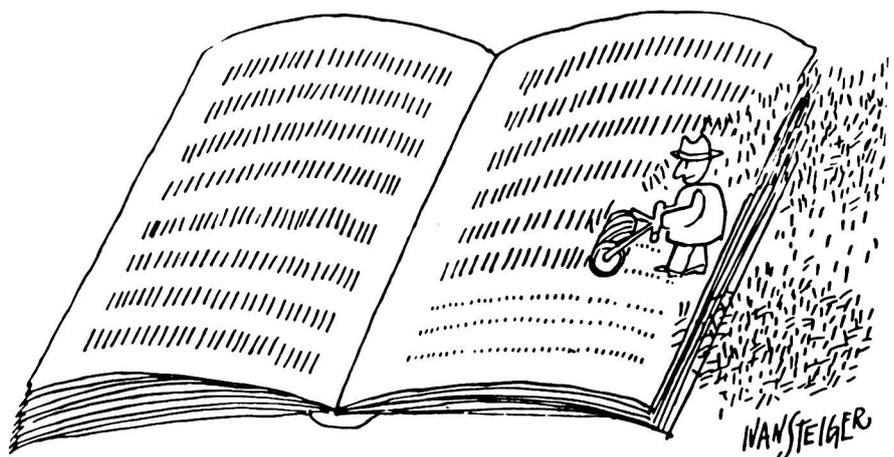
OL: Eure Organisationsform ist also vollkommen anders als die üblichen der Linken. Ihr geht nicht von einer hierarchischen Struktur aus, sondern von einer basisverhafteten, flächenhaften?

Mick: Wir sind natürlich keine hierarchische Organisation. Selbstverwaltung ist eine politische Kampfform der Basis, von unten, da brauchst keine Leiter, Führer oder sonst was, auch nicht im Zentrum, das wir wollen.

OL: Das heißt, daß es die Funktion des Kommunikationszentrums ist, gesellschaftspolitische Aktionen zu setzen.

Mick: Richtig: Rausgehen an die Öffentlichkeit, mit Anliegen die über den Freizeitbereich rausgehn, Übergreifen, diesem Dilemma solcher Zentren also entwischen, wo man auch soziale Randschichten aufgreift, was sozialpolitisches.

Maria: Und ein Ort, wo man intensiv mit andren lebt.



Kulturpolitiker aller Parteien sind mir zu links

alltägliche

Ich meine damit, daß die paar linken Alibifiguren, die sich die großen Parteien halten, immer auf kulturelle Spielwiesen abgeschoben werden. Aber alle Positionen, wo Entscheidungen fallen, sowohl über die materiellen Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen als auch letztlich über Kulturfragen (wenn's nämlich um's Geld geht) sind fest in "rechter" Hand.

In allen Koalitionsregierungen Österreichs und auch der meisten anderen Länder, haben die rechten, die bürgerlichen Parteien mit Erfolg auf die Besetzung des Finanzministeriums und anderer wirtschaftlichen Schlüsselpositionen beharrt. Heute stellt die "linke" SPÖ die Regierung alleine, ohne daß sich an diesem Prinzip etwas geändert hätte. Androsch, das rechtteste was die Sozialdemokratie bislang hervorgebracht hat, ist der Vertrauensmann der österreichischen Privatindustrie und des Großbürgertums – und der Parteivorstand von Kreisky abwärts findet es richtig so. Wer noch Reste von proletarischen oder wenigstens sozialdemokratischen Traditionen und Gedanken in sich hat, darf sich im Überbau z. B. in der Kultur ansiedeln. Ich bin weit davon entfernt, Überbau und Kultur niedrig zu schätzen, aber auch dort geht eben ohne Geld nur sehr wenig. Wenn man weiß, wie hoch die Kultur-etate sind und vor allem wieviel davon fix im Voraus für die Erhaltung der konservativen bürgerlichen Kultur und für deren Vormarsch in der Arbeiterschaft disponiert ist, nämlich 90 - 99%, dann kann man sich vorstellen, wieviel ein liberaler, fortschrittlicher Kulturminister oder Stadtrat ausrichten kann gegen einen reaktionären Finanzminister oder Stadtrat. Denn auch im Wiener Stadtsenat gilt, wie in allen Gremien, die von der SPÖ besetzt werden, das oben genannte Prinzip – der Wiener Finanzstadtrat Mayer ist ein deckungsgleiches Ebenbild Androschs.

Dies alles ist mir bei drei Diskussionen an einem Novemberwochenende sehr unangenehm klar geworden. Bei allen dreien ging es um Kultur, einmal im TV und zweimal vor überwiegend linkem Publikum. Wer waren die Vertreter der Parteien: ein konzilianter, allem Neuem aufgeschlossener Zilk und ein marxistisch gebildeter, unter dem Verlust von Arbeiterkultur leidender Heinz Fischer für die SPÖ, ein mit vielen linken Kulturarbeitern befreundeter, politisch aus der Studentenbewegung der Sechzigerjahre stammender Johannes Hawlik für die ÖVP und als Aufputz ein SPD-Politiker, ein marxistischer, mit dem Mute des Verzweifelten gegen

die SPD-Linie ankämpfender Kulturverantwortlicher der Stadt Frankfurt Hofmann Hilmar.

Natürlich macht das linke, junge Publikum diese Männer heftigst für die Politik ihrer Parteien verantwortlich, natürlich wirkt deren freundliche Zustimmung und Übereinstimmung peinlich.

Dieter Schrage hat es ausgesprochen: "Die Fronten laufen quer durch die Parteien. Der Feind ist nicht der hier anwesende Zilk, sondern der Mayer – mit dem müßten wir uns auseinandersetzen." Er, Schrage, muß es ja wissen, er ist ja auch ein auf die kulturelle Spielwiese Abgeschobener.

Die Mayers und die Androschs stellen sich ja nicht her und diskutieren mit linken oder auch nur kritischen Menschen, die gehen höchstens zu ÖGB-Konferenzen, zu einem ausgewählten, angepaßten, von Benyas Bürokraten präparierten Publikum. Schrage meint, daß man diese Typen, die Mayers usw. zur Diskussion zwingen muß. Einverstanden – aber er und die anderen abgeschobenen Linken in der SPÖ sollten sich auch mal überlegen, wer, oder besser, was (welches Prinzip), da eigentlich anschiebt – den einen auf den Finanzministersessel und den anderen in ein Kammerl, in dem er wissenschaftliches Material für den Ministerpapierkorb produzieren darf und in der ständigen Angst lebt, mit einem falschen Wort am falschen Ort auch noch dieses Recht (bzw. sein Einkommen) zu verlieren.

P.S.: 1. Hilmar Hofmann meint, daß im Westeuropäischen Durchschnitt 1% der Kulturausgaben radikal-demokratischen kulturellen Basisinitiativen zugute kommen.

2. Der Österreicher/die Österreicherin lesen im Durchschnitt 0,8% Buch pro Jahr. Diese Zahl ist seit 1970 (SP-Regierung) unverändert.

3. Schrage hat ausgerechnet, daß jede verkaufte Karte für Burg und Oper aus öffentlichen Mitteln mit S 700,- subventioniert wird.

In eigener Sache

Sowohl OL-Redaktion als auch mancher Leser erwarten sich von mir Näheres zur Phorushallenbesetzung und vielleicht auch zur Ra-

senfreiheit. Ich muß euch enttäuschen, ihr seid Opfer der bürgerlichen Presse geworden. Ich bin weder Drahtzieher noch Rädelsführer, sondern nur Sympathisant. Dies ist vielleicht schon strafbar (falls sich doch ein Staatsanwalt findet, der der ÖVP loyaler gegenübersteht als seinem eigenen Hirn, wird es ja die Verhandlung zeigen), aber es bringt keine Exklusivinformationen. Also ich weiß nicht mehr als die anderen rund 1000 Personen, die an diesem Wochenende am Phorusplatz mehr oder weniger lang verweilen.

Vielleicht noch eins zum Rasen im Burggarten. Stadtrat Zilk hat im Club 2 wieder die Geschichte vom Wiener Klima erzählt, bei dem eben im Gegensatz zum Rest der Welt der Rasen kaputt wird, wenn man darauf sitzt oder liegt. Lange hab ich's ja nicht geglaubt, aber weil's so viele Fachleute sagen und auch Stadträte, habe ich mich überzeugen lassen.

Nur meinte ich, daß man ruhig jedes Jahr einen neuen Rasen legen könnte, das würde für den Burggarten weniger kosten als einmal die Fenster der Oper zu putzen (ich hab mich da sehr genau sowohl bei Rasenfachleuten, als auch bei Fensterputzern informiert). Zilk war empört, da er mich mißverstanden hat. Er glaubte, daß ich Rasen STATT Fensterputzen wollte. Nein, nein, davon kann keine Rede sein. Natürlich ist beides notwendig. Das Geld müßte man halt woanders einsparen. Bei den Dienstautos der Stadträte zum Beispiel. Nein, ich möchte sie nicht abschaffen, die Autos, zumindest nicht kurzfristig. Aber vielleicht könnte man zum ORF und dann um 1 Uhr nachts nach Hause mit dem Taxi fahren; ist ja eh die gleiche Marke. Der Chauffeur müßte dann nicht drei Überstunden lang todmüde herumsitzen und bezahlt werden. So kleine Sparideen machen sich bezahlt – ist ja bekannt, daß man das Kleine ehren soll, wenn man das Große wert sein will!

Recht, Ordnung und Sauberkeit

Dieses Prinzip wird in der SPÖ groß geschrieben. Im Zinsbuch, das jeder Mieter einer Wiener Gemeindeförderung gratis

geschichten

erhält, steht es sogar schwarz auf weiß: "Sauberkeit, Ruhe und Ordnung sind für jeden anständigen Menschen eine Selbstverständlichkeit." Das Recht wurde da ausgelassen, wahrscheinlich ist es für Gemeindemieter nicht so wichtig – sollen froh sein, daß sie eine Wohnung haben und Ruhe geben, aber sonst spricht die Partei des Vizekanzlers und Finanzminister Androsch schon viel vom Recht. Wie komm ich denn jetzt auf den Androsch? Ah ja! Der hat am letzten Opernball 60.000,- Schilling Spesen gemacht. Natürlich nicht für sich allein – er hat ja nur Bier getrunken, und der Opernball fand ja noch vor der letzten Bierpreiserhöhung statt, das alleine kanns also nicht ausgemacht haben. Er hat natürlich die Pflicht, recht viele Leute einzuladen. Schließlich kann sich nicht jeder Opernballbesucher die Preise dort leisten. Andererseits dürfte dies in diesem Fall nicht zutreffen, denn Androsch sagte, daß er den tieferen Sinn des Opernballs darin sieht: "Prominente zu versammeln und Verbindungen herzustellen." Er hat dann auch noch was gesagt von Kreisen der Hochfinanz, die sehr wichtig sind. Die könnten sich zwar ihren Verzehr selbst bezahlen, aber was kenn ich mich in den Kreisen aus.

Übrigens fällt mir ein, daß ich früher einmal auch meinen Chef auf ein 1/4 Wein eingeladen habe, obwohl der vielmehr Geld als ich hatte. Es war eine Art Eigenwerbung. Vielleicht ist das ein passender Vergleich. Na sei's drum, jedenfalls hat der Androsch 60.000,- Schilling ausgegeben, nicht von seinem Geld, sondern von unserem, aber das darf er. Sogas heißt SPESEN und ist irgendwo geregelt, sogar schriftlich und dort steht, daß man dafür aber Belege, Rechnungen abgeben muß, und zwar in gleicher Höhe, und daß auch daß Datum stimmen muß, und Firma, Kunde, und Unterschrift und und. Das weiß sowieso jeder Mensch, der schon irgendwann einmal eine Kasse verwaltet hat, einen Klassenfond in der Volksschule, bei einem Briefmarkenverein oder die Portokassa in einem Büro. Nur der Androsch weiß das alles nicht bzw. er weiß es schon, aber er schafft es eben nicht, denn: "Es ist halt schwer, sich im Trubel des Opernballs vom Ober einen Beleg ausstellen zu lassen." Wie er vor Gericht erklärte. Nein, nicht erschrecken, natürlich kommt unser Finanzminister nicht als

Angeklagter vor Gericht, nur weil er ein paar Zehntausender aus unserer Kasse nimmt ohne eine Rechnung dafür hineinzulegen. Er war Kläger. Er klagte einen Journalisten, der ihn wegen dieser Praxis einen "Spesenritter" nannte.

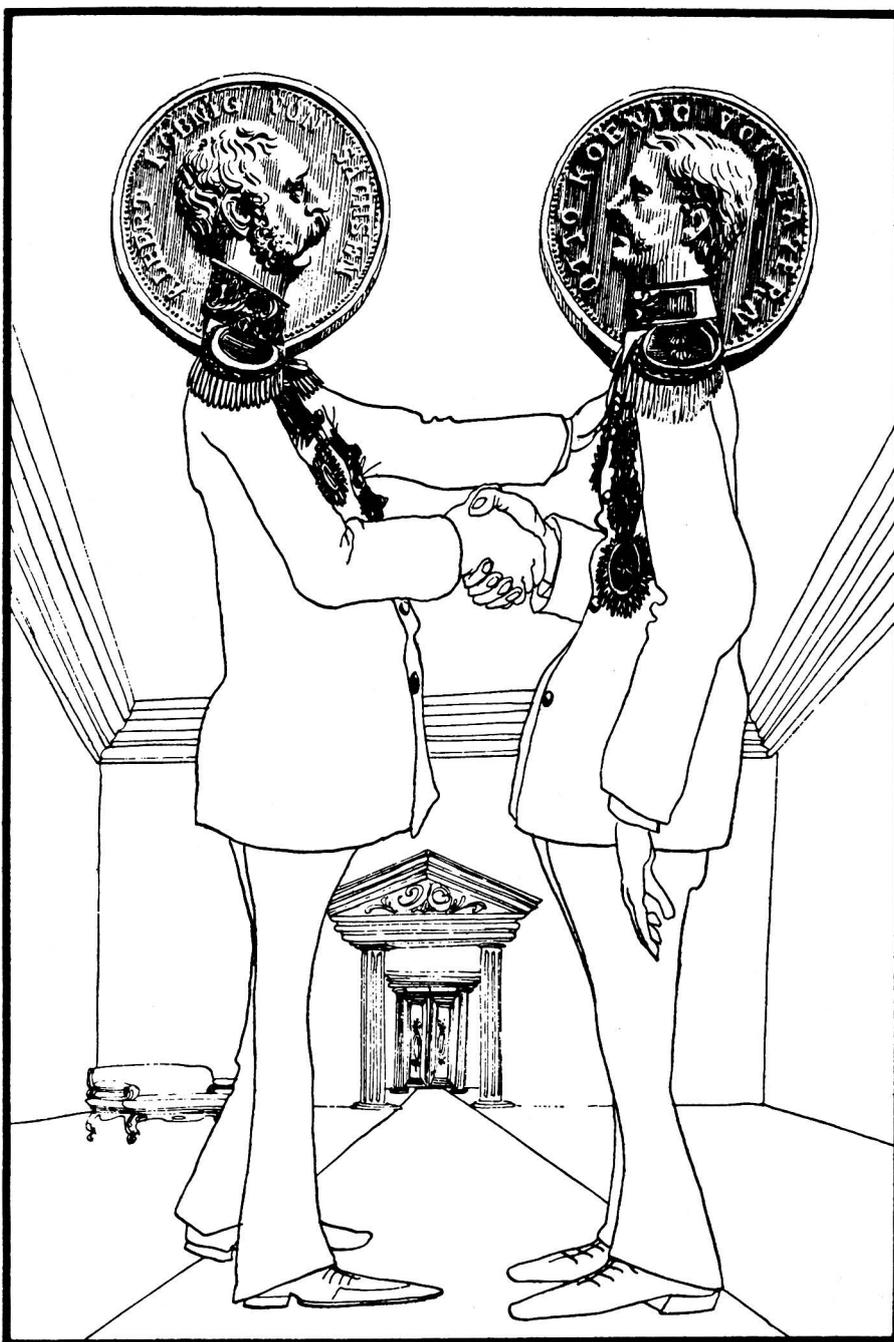
Nachdem ich selten zu Opernbällen gehe, muß ich das mit dem Trubel und der Schwierigkeit, Rechnungen

zu bekommen, dem Herrn Minister glauben.

Aber vielleicht ist ein kleiner Tip erlaubt, Herr Minister: da muß man sich eben anstrengen oder einen Sekretär damit betrauen oder noch besser einen Sekretär mit dem Biertrinken betrauen und sich selbst fit halten für die schwierige Rechnungsbeschaffungaktion oder noch viel besser jemanden anderen die Verwaltung der Finanzen Österreichs überlassen und sich selbst voll auf die komplizierte Tätigkeit eines Opernballbesuchers konzentrieren.

Und bitte, nie mehr die Worte Recht, Ordnung und Sauberkeit in den Mund nehmen, Herr Androsch!

Herbert Brunner



Der neue Massenarbeiter bei FIAT

Am 9. Oktober d.J. hat Fiat-Boß Gianni Agnelli durch ein Rundschreiben 61 Fiat-Arbeiter fristlos entlassen, weil sie "die Prinzipien der friedlichen Koexistenz" am Arbeitsplatz verletzt hätten. Gleichzeitig verfügte Agnelli eine generelle Einstellungssperre für alle 150 Fiat-Betriebe.

Fiat ist als Brennpunkt des heißen Herbstes in Italien 1969 in die Geschichte der modernen Arbeitskämpfe eingegangen. Damals schon flammte unter Gewerkschaftern, Theoretikern und Funktionären der Arbeiterbewegung eine heftige Diskussion über manche Aspekte der Kampfmethoden und -ziele auf, als bei Fiat ganze Werksanlagen, vor allem Förderbänder von Streikenden zerstört worden sind.

Der aufsehenerregende Aufsatz von KPI-Veteranen Amendola in der parteieigenen "Rinascita" Anfang November d.J. über Parteistrategie in den Gewerkschaften und an der Basis hatte gleichfalls die Auseinandersetzungen bei Fiat zum Ausgangspunkt.

Als alarmierend wird von allen drei großen Gewerkschaften Italiens der mögliche Zusammenhang registriert zwischen der Agitation junger akademischer "Gastarbeiter" im Betrieb und dem Terror auf der Straße: In den vergangenen zwei Jahren sind drei Fiat-Manager ermordet und sechs verwundet worden. Die Zahl der Brandanschläge gegen Wohnungen und Autos von Meistern und Vorarbeitern beläuft sich auf ein Dutzend.

Und als schließlich die Metallarbeitergewerkschaft in ganz Italien zum Streik aufrief, wurde gerade bei Fiat der Streik am wenigsten befolgt: nur knapp ein Drittel der Belegschaft beteiligte sich daran!

Der folgende Artikel befaßt sich mit einem neuen Phänomen unter der jungen Arbeiterschaft, vor dem die ultralinken wie die traditionistischen Gewerkschafter gleichermaßen ratlos dastehen.

Von Ritanna Ameni
aus: *Il Manifesto*, 22. Juni 1979

Schichtende

Die Tore von Fiat öffnen sich, und die Arbeiter strömen aus der Fabrik nach draußen. Sie haben es eilig, und nur wenige bleiben stehen, um noch ein paar Worte miteinander zu reden. Man grüßt sich nur kurz, und der Gruß ist eigentlich ohne jede Bedeutung. Dann der Bus, das Auto oder das Moped. Die Jungen sind dabei schneller, sie stürzen raus aus der Fabrik, wie aus der Schule.

Sie sind die ersten, wenn es darum geht, die Faktore hinter sich zu lassen und die Wirklichkeit der Fabrik zu vergessen. "Sie sind schon seit mindestens einer, anderthalb Stunden fertig und umgezogen – so erklärt man uns im Büro der Gewerkschaft – und haben geschuftet wie die Blöden, um noch vor den anderen fertig zu sein, um zwei

Minuten Zeit gewinnen zu können, damit sie gleich beim ersten Ton der Sirene losschießen können, ohne auf die anderen warten zu müssen." Der mir dies im Gewerkschaftsbüro erzählt, gehört nicht mehr zu den Jüngsten, aber noch zu den Jungen. Er wird um die 30 sein und ist aktiver Gewerkschafter. Ich frage ihn nach den Jungen, den von Fiat neu Eingestellten, nach der neuen Arbeiterklasse, nach seiner Meinung, ein paar flüchtigen Eindrücken. Seine Antwort kommt nur zögernd.

Sie verlassen die Fabrik – zwei Minuten vor den anderen

"Weißt du, was es heißt, sich schon eine Stunde vor Feierabend fertig zu machen, um nachher rausstürzen zu können, zwei Minuten vor den anderen?"

Das heißt, daß sie dem Abteilungsleiter klar gemacht haben, daß sich die Arbeit auch in kürzerer Zeit bewältigen läßt. Wir wissen das natürlich auch, aber wir gönnen uns eben mal eine Viertelstunde oder 20 Minuten für einen Kaffee, die Zeitung oder eine Zigarette in Ruhe. Wir passen auf, daß wir dabei nicht entdeckt werden. Welchen Sinn hat es denn, wenn man dem Chef diese Dinge unter die Nase reibt? Bloß um nachher zwei Minuten mehr zu haben, eine Dummheit so was, um sich noch mehr abzurackern und dazu noch den Arbeitskollegen zu schaden? Aber das wollen sie einfach nicht begreifen." Sie, das sind die Jungen, die neu Eingestellten, die die Karten auf den Tisch legen und die klugen Einfälle der Arbeiter, die Minuten, die man dem Fließband abringt, um etwas Muße zu gewinnen, die kleinen Tricks und die Solidarität unter den Kollegen (wo es sie gibt) verraten. Es schert sie einen Dreck, wenn der Vorgesetzte weiß, daß sich die Arbeit auch in kürzerer Zeit schaffen läßt. Das Wichtigste ist ihnen der Feierabend, und dann nichts wie raus aus der Fabrik, so schnell wie möglich.

Doch auch innerhalb der Fabrik haben sie den "Leck-mich-Standpunkt". "Sie haben eben schon das gemachte Nest vorgefunden – erklärte mir der gewerkschaftlich aktive Arbeiter – vor zehn Jahren gab es das bei Fiat noch nicht. Wir hatten nicht einmal Zeit für eine Zigarette. Immer hatten wir den Vorgesetzten auf der Pelle, der uns kontrollierte, jedes Zuspätkommen wurde bestraft, und am Samstag hieß es in der Fabrik bleiben, um zu arbeiten. Die Jungen wissen von diesen Dingen nichts mehr, sie wissen nichts von den Opfern, die wir jahrelang gebracht haben. Sie kümmern sich nur um ihren eigenen Kram, und wenn es um einen Streik geht, dann verschwinden sie mit ihrer Freundin oder feiern krank.

Fabrikzeit – tote Zeit

"Jedesmal, wenn ich aus der Fabrik rausgehe, weiß ich, daß ich acht Stunden meines Lebens verloren habe, die ich nie mehr einholen werde." Dies sagt mir Emma eine von den Neueingestellten. Die Fabrik nimmt dir etwas vom Leben weg, sie bedeutet Tod, zumindest für einige Stunden am Tag.

Für Gasparazzo oder für Alphonso aus "Vogliamo tutto" (wir wollen alles) war dies noch nicht so. Für sie spielte sich das Leben innerhalb der Fabrik ab, genau dort setzte man sich mit der gesellschaftlich organisierten Macht auseinander, lernte man die Männer kennen, entwickelte man seinen Charakter und seine Einstellung zum Leben. Es kam zwar darauf an, die Fabrik zu verändern, sie zu zerstören, doch die Fabrik war alles für sie. Heute hingegen kann man bei Fiat einen interessanten Test machen. Man braucht nur einen der Jungen, der neu Eingestellten zu fragen, was er denn im Leben so macht. Und er wird antworten, daß er studiert, sich mit Psychoanalyse oder makrobiotischer Ernährung beschäftigt, der beste Tänzer des Stadtviertels sei und daß er weiß, wie man Spielzeugmodelle baut. Fast nie wird er jedoch sagen, daß er Arbeiter ist, es hat den Anschein, daß diese Tatsache nur wenig Einfluß auf sein Leben hat, und sofern dies doch der Fall ist, verdrängt er sie wieder und hebt sie auf in der anderen Welt, die außerhalb von Fiat existiert. Von Fiat erwartet man überhaupt nichts, und von der Arbeit erst recht nichts. Die jetzt bei Fiat eingestellten Jugendlichen wollen und erwarten auch keine bessere Arbeit, sie wollen auch keine Angestellten werden. Die Fabrik erfüllt ihre Erwartungen nicht und an dieser Situation scheint sich nichts ändern zu lassen. Wahrscheinlich hat sich auch die Hoffnung verschlossen, daß die Fabrik der wichtigste Ort sei, an dem um die Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse gekämpft wird.

Gasparazzo und Alphonso wußten noch genauestens Bescheid über Akkordsätze, über schädliche Einflüsse am Arbeits-

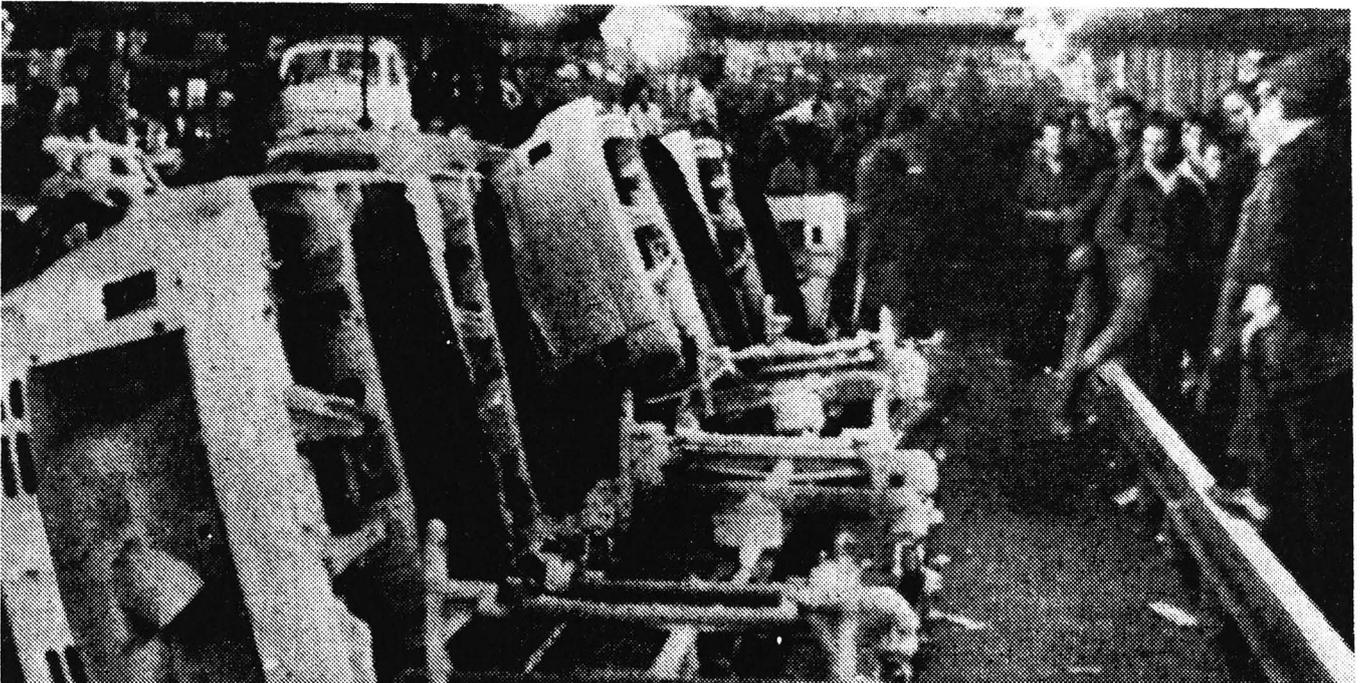
platz und über Bandgeschwindigkeiten. Sie verkauften noch ihre Arbeitskraft, deren Quantität und Qualität sie sehr genau kannten. Sie führten täglich Kleinkriege um die Arbeitsorganisation und wußten dabei genau, wer die Gewinner und wer die Verlierer waren: Sie konnten ihre eigene Macht an der Zahl der weniger herzustellenden Fahrgestelle, an den Luftreinigern, die man sich erkämpft hatte, oder an den verweigerten Sonderschichten messen. Sie waren zutiefst davon überzeugt, daß von der massenhaften Kritik an der Arbeiterorganisation ein folgerichtiger und linearer Weg zu einer besseren und gerechteren Gesellschaft, vielleicht sogar zu Sozialismus führte.

Die Jungen dagegen haben sich ihr Leben außerhalb der Fabrik eingerichtet. Das, was sie erlebt hatten, bevor sie zu Fiat kamen, hat sie entscheidend geprägt. Angefangen von der Schule, die ihnen eine Qualifikation vermittelt hat, die in der Fabrik, bei der Arbeit nichts Wert ist, ja die viele von ihnen geradezu verbergen müssen, um überhaupt eingestellt zu werden. Aber auch der Rest. Auf die Fragen aus einem noch nicht veröffentlichten Fragebogen: Bist du mit deinem Lohn zufrieden? Wieviel brauchtest du, um gut leben zu können? antworten fast alle, daß sie nicht zufrieden sind und daß sie noch 600-700.000 Lire brauchen, um so zu leben, wie sie gerne möchten. Ihre Bedürfnisse unterscheiden sich von denen des traditionellen Arbeiters, und wenn es darum geht, diese auszuloten und zu bestimmen, dann zählt nicht der tatsächliche Wert der Arbeitskraft, sondern ihre Bedürfnisse außerhalb der Fabrik. Den Jungen dagegen reicht der Lohn nicht, aber es ist nicht die Fabrik, die ihnen geben könnte, was sie brauchten. Die Arbeit ist halt "Scheiße", doch die Fabrik ist nicht der

Ort, an dem sich dies ändern ließe. Von der Fabrik läßt sich nur nehmen, was diese hergibt, um das Leben dann draußen zu suchen.

Die Gewerkschaft ist ein bürokratischer Apparat, ein Ministerium

Bei der Gewerkschaft zeigt man uns die Zahlen über den Organisationsgrad der bei Fiat neu Eingestellten. Fast alle werden Gewerkschaftsmitglieder. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der "Alten", der nie die 35% Marke überstieg, wird weit übertroffen. Aber die Gewerkschafter, die diese Daten für Monat und Jahr für Jahr vorweisen, sind wenig stolz darauf. Warum? "Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist zwar hoch, die Beziehung zwischen Mitgliedern und Apparat jedoch äußerst schlecht," so erklären sie. Und auf den Gesichtern und in den Worten dieser Gewerkschafter zeigt sich jene "Qual," ja die Angst, etwas Falsches zu sagen, wenn von dieser neuen und seltsamen Persönlichkeit, dem neuen Jungarbeiter bei Fiat die Rede ist. Beim 5. Gewerkschaftsbezirk von Mirafiori hat man sich über die Probleme der Jungen Gedanken gemacht. In den Versammlungsnotizen der Gewerkschafter lesen wir: "In der Fabrik fehlt eine Generation, die nicht bloß dem Papier nach jung ist, die vielmehr eine Kultur zu bieten hat, die eine Brücke zu bauen vermag zwischen diesen beiden verschiedenen Lebensgeschichten, dieser extremen unterschiedlichen Art und Weise, die Welt zu interpretieren. Von den führenden Gewerkschaften innerhalb der Firma werden die Jungen lediglich als Produkte der Krise gesehen, erfaßt man nur die negativen Umwälzungen, die diese Jungen unter enormen Schwierigkeiten bewältigen mußten und die in der Beseitigung



überkommener und festgefahrener Ordnungen bestehen (bestimmte Hierarchien, Rollen- und Wertverständnisse). Aus den Unterlagen der Gewerkschafter spricht ein leiser Hauch von Selbstkritik.

In der Fabrik werden sie von den Arbeitern "fricchettoni" genannt, um ihre fehlende Zugehörigkeit zum Wertsystem der Alten zu betonen, greift man auf überkommene Modelle männlicher Reife zurück und sagt "die Jungen seien eben komisch."

Die Umfragen, die die Region, die Gewerkschaft, sowie einige Studiengruppen aus Turin gestartet haben, sprechen eine klare Sprache. Man hält die Gewerkschaft für notwendig, ebenso notwendig wie die Fiat-Werke selbst, die Produktionsmittel, oder auch den Bus, der einen zur Arbeit bringt, oder das Einwohnermeldeamt. Doch die Bindung an die eigentlichen "Werte der Gewerkschaft" ist äußerst gering. Sie haben die Gewerkschaft bei der Arbeitsvermittlung kennengelernt, als sie auf der Suche nach einem Arbeitsplatz waren, und in der Fabrik haben sie erneut Bekanntschaft mit ihr gemacht, in der Form von Arbeitgeberdelegierten und Betriebsräten. In Bezug auf die Kämpfe um die Verringerung der Arbeitszeiten erzählt uns Mauro: "Viele Arbeiter sind der Meinung, daß das Problem der Arbeitszeitverkürzung im Grunde Mehrarbeit oder Samstagsarbeit für uns bedeutet, die nicht mehr daran gewöhnt sind bzw. diese schon lange nicht mehr gemacht haben. Die Delegierten oder die Gewerkschaften regen sich auch nicht mehr darüber auf, sie scheinen sich mit diesem Widerspruch abgefunden zu haben. Sie funktionieren auch so.

Emma arbeitet in Rivalta und wirft den Delegierten vor: "Sie sagen z.B., daß viele die Streiks dazu benutzen, um einfach zu Hause zu bleiben. Also sagen sie uns jetzt nicht mehr, wenn gestreikt wird, und machen es so den Arbeitern unmöglich, zu Hause zu bleiben oder krank zu machen. Sie sitzen alleine im Büro des Akkordkomitees und diskutieren." In diesen Interviews und Gesprächen kommt ein anderes Gesicht der Gewerkschaften zum Vorschein, sie werden erfahren als Organ der Vermittlung des Befehls und der Macht.

"Der Arbeiterdelegierte erhält die Liste der anwesenden Arbeiter, verteilt die Arbeit und weist die Arbeiter bestimmten Arbeitsplätzen zu," erzählt man uns in Rivalta nicht ohne Groll. Dies ist die "Arbeitermacht" die die Jungen am eigenen Leibe, konkret bei ihrer Arbeit verspüren.

Fausto Bertinotti, Sekretär der großen Gewerkschaft Cgil, erzählt uns: "In den letzten Tagen haben die Arbeiter in der Lackiererei, fast alle neu eingestellte Jungarbeiter, eine Verkürzung der ge-

sundheitsschädlichen Arbeitszeit und eine Verstärkung der Belegschaft gefordert. Soweit nichts Unnormales. Als sich jedoch der Arbeiterdelegierte zu ihnen begab, um ihre Probleme zu verstehen und dann zur Direktion gehen wollte, um zu verhandeln, haben sie sich quer gelegt. Sie haben verlangt, daß der Boß selbst zu ihnen 'runterkommen solle, dann würden sie die Verhandlungen selbst führen." "Sie denken von uns alles nur erdenklich Schlechte." sagt uns Giatti, Gewerkschafter vom 5. Bezirk bei Mirafiori. "Sie haben das Bild einer Gewerkschaft, das einige von uns ihnen geliefert haben: Die Gewerkschaft als ins System integriert, als Institution wie jede andere auch." Hier kommt nun zwangsläufig die Frage: Ist ein Arbeiter dieses Typs Agnelli nicht sehr gelegen? Oder: ist ein solcher Arbeiter nicht sehr viel leichter integrierbar? Die Antworten darauf schwanken. Was jedoch feststeht ist, daß die neu Eingestellten sich nicht mit der Fabrik und auch nicht mit dem Unternehmen identifizieren. Sie erliegen weder dem Zauber noch dem Mythos vom multinationalen Koloss noch dem von der grossen Fiat-Familie.

Sie kämpfen, wenn sie Lust haben

Dann der Streik. Auch die Jungen streiken mit. Dies haben die Gewerkschafter oft mit Freude wiederholt, befürchteten sie doch von diesen Seltsamen auch eine Nicht-Beteiligung an den Tarifikämpfen. Doch bei den Demonstrationen sind sie dabei, wenn auch nie an der Spitze. Sie kommen auch zu den Versammlungen, "solange, bis es ihnen langweilig wird, dann verdrücken sie sich eben mit ihrer Freundin." "Der Streik" – so erklärt uns Bertinotti – "ist für diese Neuen eine Erfahrung, in der ihnen bewußt wird, daß sie eine kollektive Identität haben. Im Streik erfahren sie endlich ihre zentrale Wichtigkeit, einen ersten Schritt zu ihrer Selbstverwirklichung an einem Ort, nämlich der Fabrik, der bis dahin lediglich als Notwendigkeit begriffen wurde." Und im Streik, im Kampf und bei den Demonstrationen entwickelt sich auch ein Dialog mit den älteren Arbeitern, den Massenarbeitern, es kommt schließlich zu jener abgelehnten und gefürchteten Beziehung zwischen zwei verschiedenen Generationen und Kulturen.

Um noch einmal Bertinotti zu zitieren: "Nur aus einer solchen Beziehung heraus kann auch ein Entwurf zu einer Veränderung der Gesellschaft erwachsen. Die Arbeiter der 60er Jahre hatten eine embryonale Avantgarde, die jedoch stumm mitgemacht wurde, die von einer Form der Politik erdrückt wurde, die ihre Übertragbarkeit auf die ganze Bewegung verunmöglicht hat. Im Streik hingegen kommt es zu Kommuni-

kation, vielleicht kann sich auch etwas anderes daraus entwickeln." Aber ist dies möglich? Bei der Gewerkschaft erzählt man uns auch, daß die Jungen, auch wenn sie sich an den Kämpfen beteiligen, dies nur sehr unregelmäßig tun. In einzelnen Fällen ist der Absentismus sehr hoch. Die "Flucht" vor Fiat beherrscht stets Denken und Einstellungen. "Wird ein Streik beschlossen, dann eilen die Alten zu den Fabrikatoren um sie zu schließen und die Jungen machen sie wieder auf, um abzuhaufen."

Neue Wege

Die Wege, die es zu gehen gilt, sind mühsam und beschwerlich. Der erste führt von der Rebellion und von der Verachtung für diese Gesellschaft und für die Fabrik, von der Nicht-Integration und der Ablehnung produktiver Arbeit zum Kampf innerhalb der Fabrik, zur konkreten Opposition gegen das kapitalistische Modell der Arbeit. Der zweite fällt heraus aus der Fabrik und stellt eine häufig formal gewordene und in sich abgekapselte Arbeitermacht in Frage, führt mitten hinein in die Gesellschaft, setzt sich mit dieser auseinander und verändert sie. Der Massenarbeiter hat in den letzten Jahren Spielräume an realer Entscheidungsgewalt hinzugewonnen. Es genügt sich bei Fiat die Errungenschaften im Bereich der Arbeitsbedingungen, der Unfallverhütung und der Kontrolle über die elektronische Zeitmessung der Arbeitsvorgänge anzusehen. Agnelli vermag hier wirklich wenig auszurichten, all dies ist Aktionsfeld der Arbeiter. Wenn sich jedoch die Jungen nicht mir ihrer ganzen Subjektivität und Radikalität zu Protagonisten dieser Veränderung machen, wenn Desinteresse und die ausschließliche Konzentration auf die Zeit nach der Arbeit überwiegt, dann kann es nur allzu leicht geschehen, daß bei Fiat eine formelle und ohne Unterstützung und dem Protagonismus der Arbeiter existierende Arbeitermacht aus den Angeln gehoben wird.

Und wenn es der Massenarbeiter zuläßt, daß sein Erbe, sein "Entwurf" vernebelt werden, wenn er in der Fabrik in der Defensive bleibt, dann wird dies ebenfalls einen Rückschritt bedeuten. Die optimistischen Gewerkschafter sagen, ein solches Verhältnis sei möglich, es genüge die Formen der Politik zu verbessern und den Jungen das Projekt der 60er Jahre besser begreiflich zu machen, um so die zentrale Bedeutung der Arbeiterkämpfe in der Fabrik wiederzugewinnen.

Aber vielleicht liegt der Widerspruch nicht mehr bloß darin, vielleicht hat er gerade dieses Konzept selbst erfaßt. Wobei die Perspektiven für eine Neuorientierung alles andere als kurzfristig sind.

Aus dem Italienischen von Werner Trapp

RECHTSEXTREMISMUS IN ÖSTERREICH NACH 1945

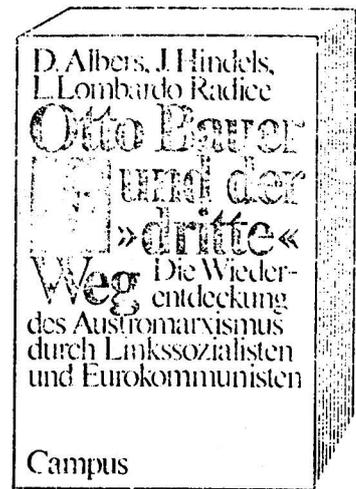
Herausgegeben vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

Die hier veröffentlichten und analysierten Materialien sollten all jenen zu denken geben, für die Demokratie und Freiheit, Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit die Grundwerte unserer Gesellschaft sind, für die Österreich kein leeres Wort ist und für die Unabhängigkeit und Neutralität Voraussetzungen einer friedlichen Zukunft unseres Landes sind. Nur wenn die rechtsextremen Gruppierungen und Ideologien rechtzeitig erkannt und ihre Zielrichtungen aufgedeckt werden, können ihre Wirkungsmöglichkeiten eingeschränkt und die Gegenkräfte mobilisiert werden. In diesem Sinne – in der Hoffnung, einen bescheidenen Beitrag zur Bekämpfung faschistischen Geistes und zur Stärkung eines demokratischen Österreichbewußtseins zu leisten – legen wir dieses Werk der Öffentlichkeit vor.

(Aus dem Vorwort des Herausgebers)



Sigmund-Freud-Gedenkstein, Wien 1979



D. Albers, J. Hindels, L. Lombardo Radice Otto Bauer und der Dritte Weg

Die Wiederentdeckung
des Austromarxismus
durch Linksozialisten und
Eurokommunisten

„Die Aufgabe, die die Zeit selbst dem Sozialismus stellt, ist es, die sozialdemokratische These und die kommunistische Antithese in einer neuen höheren Synthese zu überwinden und zu vereinigen.“ Dieser programmatische Leitsatz Otto Bauers macht deutlich, warum sich in der aktuellen politischen Diskussion unterschiedliche Vertreter der europäischen Linken auf den wichtigsten Repräsentanten des Austromarxismus besinnen.

Die Autoren vertreten in ihren Beiträgen die Auffassung, daß in Otto Bauers Schriften zentrale Fragestellungen für die Strategie des demokratischen oder eher „Dritten“ Wegs zum Sozialismus in den westlichen Industrieländern vorweggenommen sind.

Die Autoren des Bandes sind Detlev Albers (Bremen), G. B. Gardocini (Rom), Josef Hindels (Wien), Lucio Lombardo Radice (Rom), Giacomo Marramao (Rom) und M. Häupl, M. Matzka, P. Pelinka (Wien). Der Band enthält außerdem eine Otto Bauer Bibliographie.

erhältlich ab 9.79
in Wien bei Kolisch,
Hermann, Stelzer u.a.

oder bestellbar bei
"tribüne", 1070 Wien,
Kandlgasse 13a
(Sonderpreis S 90.-)

Bahro: „Den Marxismus retten!“

Ende Oktober dieses Jahres wurde Rudolf Bahro, einer der wohl bekanntesten Oppositionellen in der DDR, vorzeitig im Rahmen einer Amnestie aus der Haft entlassen worden und durfte in die BRD ausreisen. In einem Interview, das kurz nach seiner Ausreise in "Le Monde" erschienen ist, betont Bahro, er sei auf eigenen Wunsch und Antrag ausgereist, da er durch seinen Weiterverbleib in der DDR speziell diejenigen Leute gefährdet hätte, die ähnliche Thesen wie er selber vertreten hätten, und zwar im Apparat der SED selbst.

Der Prozeß gegen Rudolf Bahro in der DDR ist seinerzeit tatsächlich auch auf Widerstand innerhalb der Partei gestoßen. Die Thesen, die Rudolf Bahro in seinem Buch "Die Alternative" vertritt, hatte er noch als Mitglied der SED und Teil des Apparates dieser Partei vorgetragen.

Wir bringen im folgenden einen Auszug aus dem Interview, das Manuel Lucbert für "Le Monde" geführt hat und in dem sich Rudolf Bahro mit der Entwicklung in den Ländern des "realen Sozialismus" beschäftigt.

Lucbert: Sie haben von ihren Freunden in der DDR gesprochen, die Ihre Thesen weiterentwickeln. Handelt es sich dabei um einen größeren Kreis?

Bahro: Der Kreis ist mindestens ebenso groß wie jener, der 1967 in der CSSR ähnliche Überlegungen anstellte. Hat man nicht 1968 gesehen, daß im Inneren der KPC Novotnys eine andere Partei existierte, die Partei des Prager Frühlings? Diese Partei existiert auch im Inneren der SED.

Lucbert: Heißt das, daß wir am Vorabend eines Berliner Frühlings stehen?

Bahro: Nein. Der Prager Frühling war das Resultat einer bestimmten internationalen Situation. Außerdem war der Prager Frühling ohne Präzedenzfall; heute wurde diese Erfahrung gemacht, eine solche Entwicklung ist viel komplizierter, gar nicht zu reden von den Schwierigkeiten, die sich aus der deutschen Frage insgesamt ergeben. (. . .)

Lucbert: Haben Sie sich nicht (durch das Ausklammern der spezifischen Situation in der DDR in Ihrem Buch) zur politischen Unwirksamkeit verurteilt?

Bahro: Nur scheinbar. Mein Buch richtet sich nicht gegen die DDR im besonderen. Sein Untertitel lautet: "Zur Kri-

tik des real existierenden Sozialismus." Nachdem sich die Frage in der CSSR im nationalen Rahmen gestellt hatte, erschien es mir wesentlich, diese im Zusammenhang mit dem gesamten sowjetischen Block aufzuwerfen. Wir müssen für den Erfolg unserer Konzeption im gesamten sowjetischen Block kämpfen, vor allem in der UdSSR selbst. Das Problem ist, daß der ideologische Prozeß aus einer Reihe von Gründen dort viel langsamer vor sich geht als bei uns.

Lucbert: Sie teilen also die Ansicht westlicher Analytiker, eine Veränderung im sowjetischen Block könne nicht von der Peripherie kommen, sie müsse im Zentrum des Systems begründet liegen?

Bahro: Veränderungen können auch an der Peripherie entstehen. Nur bedeuten sie dort stets auch ein Risiko für Frieden, Entspannung und Abrüstung. Die UdSSR ändert sich nicht, wenn die DDR oder die CSSR sich abrupt auf einem anderen Weg entwickeln. Es käme im Gegenteil zu einer Verhärtung. Aber die Ereignisse, die sich an der Peripherie abspielen, beeinflussen solche in der UdSSR.

Lucbert: Glauben Sie wirklich, daß Ihre Thesen im Kreml diskutiert werden?

Bahro: Die UdSSR europäisiert sich, amerikanisiert sich sogar. Ich bin absolut sicher, daß der ideologische Prozeß, den ich erwähnt habe, in der Sowjetunion bis zu den qualifizierten Instanzen der Parteiführung ausstrahlt. Die Sowjetunion ist an zwei Fronten mit der Eventualität eines Krieges konfrontiert. (. . .) Sie benötigt das Wohlwollen des Westens. Sie kann sich insbesondere nicht leisten, die fortschrittlichen Intellektuellen im Westen gegen sich zu haben.

Lucbert: Können Sie als Abtrünniger (heretique) also dem Kommunismus noch eine Chance zubilligen?

Bahro: Ich habe selbst geschrieben, daß die Kirchen stets durch ihre Abtrünnigen gerettet wurden, auch, wenn sie selbst verbrannt worden sind. Darüber hinaus bleibt ja festzustellen, daß der Kommunismus in der Sowjetunion nicht der Kommunismus schlechthin ist. Man kann den Kommunismus nicht dort retten, wo er nicht existiert. Wenn es etwas zu retten gilt, dann ist es der authentische Marxismus und Kommunismus, die beide Resultate – verspätet – der westeuropäischen Zivilisation sind. (. . .)

Lucbert: Haben sich aber nicht Marx und Lenin geirrt? Der nichtkapitalistische Weg, wie Sie ihn nennen, ist bis heute nur in wenig entwickelten oder unterentwickelten Ländern beschränkt worden. (. . .) Ist der Marxismus nicht gänzlich ungeeignet, um der industrialisierten Welt Lösungen vorzuschlagen?

Bahro: Mit dieser Frage plane ich mich in nächster Zeit intensiv zu beschäftigen. Sie haben schon in meinem Buch "Die Alternative" feststellen können, daß ich mich in prinzipiellen Fragen nicht auf den Leninismus stütze.

Lucbert: Sie sind also kein Marxist-Leninist?

Bahro: Das ist richtig. Freilich würde ich mich als Marxisten bezeichnen, auch wenn ich bei verschiedenen konkreten, sekundären Fragen die Thesen von Marx bezweifle. Damit mein heutiges Verhältnis zum Marxismus verständlich

wird, möchte ich folgenden Vergleich heranziehen: Ich denke, daß der klassische Marxismus ein ähnliches Schicksal erfahren wird wie die Physik Newtons. Die heutige Physik, fußend auf der Relativitätstheorie, verurteilt nicht die Newtonsche Lehre. Ich bleibe ebenso Marxist wie jene Physiker. Der Vergleich hat freilich seine Schwächen: Der Marxismus, die Sozialwissenschaften insgesamt sind mit der Physik nicht vergleichbar. Wenn ich sage, es gelte, zu Marx zurückzukehren, so meine ich das in einem Sinne, der alle Entwicklungsmöglichkeiten offenläßt.

Lucbert: Wie glauben Sie, daß Ihre Ideen sich realisieren? Ist die SED imstande, sich zu reformieren?

Bahro: Ja, sicherlich. Die Situation nach den Ereignissen in der CSSR ist freilich auf Grund des Traumas, das die militärische Intervention hervorgerufen hat, komplizierter. Die entscheidende Frage stellt sich letztlich so: Welche Truppen könnten gegen einen sowjetischen Dubcek intervenieren? Ich bin überzeugt, daß die Mitglieder der Partei in allen Ländern den Prager Frühling wesentlich gegenüber der herrschenden Situation bevorzugten. (...) Freilich widersetzen sich viele Parteiführer auf oberster Ebene einer Entwicklung, die sie in der Konsequenz in die Pension schicken würde. Aber die Bedingungen sind vorhanden. Es geht nicht um die Zerstörung des Apparates, sondern um eine Veränderung im Verhältnis zwischen

Partei und Apparat.

Lucbert: Sie wollen also eine Partei ohne Apparat?

Bahro: Nein, aber der Apparat muß ihr unterworfen sein. Die Partei muß erkennen, daß ihre Aufgabe nicht im Apparat, sondern auf intellektuellem Gebiet liegt. (...)

Lucbert: Die "Alternative", die Sie vorschlagen, betreffen die Länder des "real existierenden Sozialismus." Wie stellen Sie sich als deutscher Kommunist Ihre politische Arbeit im nichtkommunistischen Teil Deutschlands vor?

Bahro: Mein Kommunismus ist insoweit jener von Marx, als er die umfassende Emanzipation, Befreiung des Menschen im Auge hat, und damit das Ziel der Zerstörung all der gesellschaftlichen Verhältnisse, die den Menschen unterdrücken. Ich kann noch nicht konkreter werden, weil ich zuerst die neue Realität kennenlernen muß. Ich glaube sicherlich, daß es in der BRD nicht nötig ist, mich als Kommunisten zu etikettieren. Ich könnte auch sagen, ich sei Sozialist. Kommunisten, Sozialisten, die Linke insgesamt hat heute meiner Meinung nach die Aufgabe, das Zentrum zu gewinnen, weil wir uns den Problemen nicht aus einer isolierten Situation stellen können. Wir müssen uns auch mit der neuen christlichen Bewegung verbünden, freilich in neuer Form und nicht im klassischen Volksfrontschema. Betreffend die umfassende menschliche Emanzipation

haben wir sicherlich ähnliche Vorstellungen, und ich halte es für unabhängig, die religiösen Vorstellungen als psychologisches Bedürfnis anzuerkennen.

Lucbert: Sie wären also in der BRD konsequenterweise Anhänger eines pluralistischen Systems, das Sie in der DDR mit dem Argument ablehnen, es wäre dort anachronistisch?

Bahro: Das Argument des Anachronismus (der historischen Überholtheit) beziehe ich aus einer Analyse der gesellschaftlichen Realität in der DDR. Es ist kein Dogma. Ich bin weder dem Pluralismus verpflichtet noch seinem Gegenteil. Meine Konzeption für die DDR ist schließlich auch pluralistisch. Ich glaube aber, daß sich dort der Pluralismus im Inneren der Einheitspartei entwickeln kann. Ich habe mich nur gegen das verwehrt, was ich für eine Wiederaufnahme des alten anarchischen politischen Pluralismus halte. Wozu benötigen wir eine Sozialdemokratie? Die Sozialdemokratie ist in der DDR überholt. Man muß eine neue Perspektive finden, und im Zusammenhang mit dieser bin ich natürlich pluralistisch. Wir müssen uns an jene wenden, die bereit sind, aufzubrechen, auch wenn sie Veränderungen skeptisch gegenüberstehen. Hölderlin hat schon von den Menschen verlangt, mit sich selbst zu brechen, um dorthin zu gelangen, wohin sie ihr Wille führt.

(Übersetzt von R. Pohryles)



Ein wirklicheres China

Als ich 1975 nach China kam, gehörte es zum politischen Ritual, die Geschichte der Volksrepublik China in zwei Epochen einzuteilen: "Vor der

Kulturrevolution" und "nach der Kulturrevolution, insbesondere nach dem Sturz Lin Biaos". "Vor der Kulturrevolution" sah die chinesische Wirklich-

keit eher düster aus, nicht die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao beherrschte die politische Szene, sondern der "Revisionismus" des ehemaligen Staatspräsidenten Liu Shao-qi. "Nach der Kulturrevolution, insbesondere nach dem Sturz Lin Biaos" erstrahlte der chinesische Sozialismus in vollem Glanze, das politische Bewußtsein der "Massen" und die Produktivkräfte entwickelten sich sprunghaft, kurzum "die Lage war ausgezeichnet"

Als ich 1977 China verließ, hatte neben der politischen Führung auch die Zeitrechnung gewechselt. Das Zeitalter der Finsternis hatte sich um zehn Jahre verschoben, in die Jahre vor dem Sturz der "Viererbande." Die Jahre vor der Kulturrevolution erschienen dagegen in weit freundlicherem Licht. Nur die gegenwärtige Lage war gleichermaßen "ausgezeichnet".



Es ist in China üblich, daß die im Auf und Ab der "Linienkämpfe" jeweils an die Macht gekommene Führung ihre gescheiterten Vorgänger als "revisionistisch," "konterrevolutionär" und "bourgeois" bezeichnet und den Anschein zu erwecken versucht, mit ihrem Machtantritt habe ein neues Zeitalter begonnen. Erstaunlich ist jedoch, wie bereitwillig sich die Chinabetrachtung bei uns dieser Fiktion angeschlossen hat. Die Massenmedien, getreu ihrem Grundsatz, daß der neue Mensch im wesentlichen aus neuen Kleidern besteht, machten sich gierig über die Randphänomene des politischen Neuorientierungsprozesses her und erweckten den Anschein, als seien die Chinesen dabei, sich in ein Coca-Cola saufendes Volk mit Jeans und Dauerwellen zu verwandeln. Im übrigen konstatierten sie erleichtert, daß nun auch in China ökonomische "Vernunft" den revolutionären Flausen den Garaus gemacht habe. Die chinafreundliche Linke hingegen, quälte sich mit der Frage, ob China nun "revisionistisch" geworden sei. Beide sind sich jedoch in einem Punkt einig: Das China von heute ist ein ganz anderes China.

Schon einmal, zu Zeiten der Kulturrevolution, haben viele von uns die von den Chinesen selbst verbreitete Vorstellung aufgegriffen. China habe sich quasi von heute auf morgen grundlegend gewandelt. Auch damals war das naiv, aber es war wenigstens verständlich. Kaum jemand hatte damals genauere Vorstellungen von der Wirklichkeit Chinas und viele von uns "Linken" haben mit der Kulturrevolution China "entdeckt". Ihre Ziele schienen denen unserer gescheiterten Rebellion verwandt und nur in einem unterschied sie sich fundamental: Sie war erfolgreich. Wir klammerten uns an das unglückliche Bild von Karl Marx, daß die neue Gesellschaft aus der alten "geboren" wird und glaubten in der Kulturrevolution den revolutionären Geburtsakt zu sehen, in dem der "neue Mensch" das Licht der Welt erblickte. Daß er unübersehbar behaftet war mit den "Muttermalen der alten Gesellschaft", waren wir bereit zu konzedieren, und daß er mit Blut beschmiert war, erschien uns bei gerade Neugeborenen nicht ungewöhnlich, zumal die Ferne der Ereignisse dem Blutvergießen eine gewisse Romantik verlieh.

Keine historische Zäsur

In Wirklichkeit war die Kulturrevolution nicht im mindesten die historische Zäsur, die sie zu sein vorgab. Jedesmal, wenn es mir bei Besuchen auf dem chinesischen Land gelang, durch die kulturrevolutionären Phrasen zur Wirklichkeit hindurchzustoßen, war ich verblüfft darüber, wie wenig die Kulturrevolution

an den bäuerlichen Lebensgewohnheiten und den dörflichen Strukturen verändert hatten. Noch immer war die Macht der Clansbeziehungen ungebrochen, und ungebrochen war auch die Herrschaft der Kader. Noch immer träumten die Bauern von mehr Traktoren und wußten wenig von dem, was in der Nachbarprovinz geschah. Geändert hatte sich das politische Vokabular und der Name der Institutionen, aber die Probleme waren im wesentlichen die gleichen geblieben und die Bauern verwendeten noch immer mehr Sorgfalt auf die Pflege ihrer Privatgärten, als auf die der Kollektivfelder. Es war ernüchternd für mich, festzustellen, daß sich die politischen Strukturen und Machtverhältnisse Chinas ungeachtet der kulturrevolutionären Stürme und personellen Veränderungen kaum gewandelt hatten, und daß den meisten Chinesen, im Gegensatz zum Verbalradikalismus der Propagandaorgane, ihre materielle Misere wichtiger war, als Massendemokratie und Weltrevolution.

Es wäre auf der anderen Seite unsinnig, zu behaupten, nichts habe sich in China seit dem Sturz der "Viererbande" geändert. Jeder politische Wechsel hat seinen Einfluß auf den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Maßnahmen der neuen Führung werden den Industrialisierungsprozeß beschleunigen, wie die Politik der "Viererbande" ihn gehemmt hat. Die "Viererbande" verschärfte den Konflikt zwischen technologischen Notwendigkeiten der modernen Produktion und dem Mangel an qualifizierten Experten, indem sie die Fachleute einer lähmenden Kontrolle durch die Politik unterwarf. Die gegenwärtige Politik wird sich in absehbarer Zeit mit den Machtansprüchen einer von ihr selbst geförderten technokratischen Elite herumschlagen müssen. Beide Widersprüche sind dem chinesischen System inhärent, sie wurden vom Wechsel des "Linienkampfes" so wenig geschaffen, wie der Industrialisierungsprozeß selbst. Wohl aber haben die politischen Veränderungen die vorhandenen Konflikte gemildert oder verschärft (manchmal beides zur gleichen Zeit), das Tempo der gesellschaftlichen Entwicklung beschleunigt oder verlangsamt und ihr spezielle Formen aufgedrückt. Von Bedeutung sind dabei selbst jene persönlichen Querelen in der Parteilührung, die das bevorzugte Thema für Spekulationen westlicher "Chinaexperten" bilden. Ich teile heute nicht mehr die blinde Verachtung unserer "Maoisten" für die "Pekingastrologie" unserer Massenmedien, die dazu neigt, innenpolitische Auseinandersetzungen auf persönliche Machtkämpfe führender Parteigenossen zu reduzieren. Ich mußte die bittere Erfahrung machen, daß sich meine begeisterten Prognosen als weniger zutreffend, meine "linken" Analysen als weniger stichhaltig erwie-

sen, als die vieler "bürgerlicher" Chinaexperten. In einem Land, in dem sich die Ausübung der Macht in den Händen einer winzigen Elite konzentriert, können einzelne Personen, ja sogar persönliche Feindschaften und familiäre Bindungen eine unverhältnismäßige Bedeutung im politischen Entscheidungsprozeß bekommen. Die Vorstellung, daß das Schicksal der chinesischen Gesellschaft am Schicksal einzelner Personen hängt, ist natürlich absurd. Die Spekulation westlicher Kommentatoren nach dem Tode Maos darüber, ob das gesellschaftliche System Chinas sein Ende überdauern werde, kann ich mir nur so erklären, daß sie das neue China auf gut kapitalistische Weise für seinen Privatbesitz gehalten haben. Da er es geschafft hat, mag er es auch mit ins Grab nehmen. Es gibt abartigere Formen des Personenkults als die chinesische. Wahr ist aber auch, daß der kranke und greise Mao in seinen letzten Lebensjahren der Lösung der innerparteilichen Konflikte im Wege stand und der Prozeß der notwendigen politischen Neuorientierung vor seinem Tode kaum möglich gewesen wäre. Daß sich die Rätsel der gesellschaftlichen Bewegungen Chinas mit den Methoden der "Pekingastrologie" nicht lösen lassen, liegt freilich auf der Hand.

"Revisionistisch" – Streit um des Kaisers Bart

Ebensowenig hilfreich ist die Frage, ob die neue chinesische Politik "revisionistisch" ist oder nicht. Es gibt gar keinen Zweifel daran, daß die gegenwärtige chinesische Führung, gemessen an den politischen Kriterien der Kulturrevolution, eine "revisionistische" Politik betreibt. In allen wesentlichen Punkten knüpft sie an der vor 1966 vertretenen und in der Kulturrevolution verurteilten politischen Linie an: Sie betont die Gültigkeit des Wertgesetzes, die Notwendigkeit von Profitindikatoren und materiellen Anreizen in der Produktion, den Vorrang der technowissenschaftlichen Qualifikation vor der politischen Bewußtseinsbildung in der Erziehung, sie fordert die Verbindlichkeit positiver Rechtsnormen für die Lösung gesellschaftlicher Konflikte und sie fördert traditionelle und nicht unmittelbar politische Formen künstlerischer und literarischer Betätigung. Das Communiqué der 3. Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei im Dezember 1978 stellt unmißverständlich fest, daß die Zeit der intensiven Klassenauseinandersetzung in China vorbei sei und daß gesellschaftliche Auseinandersetzungen, die der forcierten Industrialisierung und Modernisierung abträglich seien, zu unterblei-

ben hätten. Ein schrofferer Gegensatz zur Politik der Kulturrevolution läßt sich kaum denken.

Aber was ist damit gewonnen, diese Politik "revisionistisch" zu nennen? Der Begriff hat im Verlauf der innenpolitischen Auseinandersetzung der letzten Jahre jeden faßbaren Inhalt verloren, "revisionistisch" ist jeweils die Politik, die gescheitert ist.

Vom Zwang befreit

Was sich in China seit 1976 vor allem geändert hat, ist dies: Das Land ist vom Zwang befreit, sich den Schimären einer "revolutionären" Scheinwirklichkeit unterwerfen zu müssen. Man muß vielleicht das Klima von Ängstlichkeit und Heuchelei miterlebt haben, um zu ermessen, was es für die Chinesen bedeutete, daß sie wieder einigermaßen offen über ihre Probleme und Nöte sprechen konnten, und daß in den Zeitungen und politischen Versammlungen wieder von den realen Konflikten und Zuständen der Gesellschaft die Rede war. Man muß die Enge und Einförmigkeit der kulturellen Szene unter dem Regime der "Viererbande" erlebt haben, um die Gier zu verstehen, mit der sich vor allem jüngere Chinesen auf die wiederaufgelegte Literatur der Jahre vor 1966 stürzten. Manche dieser Bücher waren schon Stunden nach ihrem Erscheinen vergriffen, manche kamen gar nicht erst auf den Ladentisch, weil sie durch "die Hintertür" weitergegeben wurden.

Das Vertrauen, das die gegenwärtige Führung in der chinesischen Bevölkerung genießt, gründet sich heute weniger auf die Erfahrung, daß sie in der Lage ist, die dringenden Probleme Chinas zu lösen, als darauf, daß sie sie offen benennt: Armut, Rückständigkeit, Bürokratismus, Korruption, die Selbstherrlichkeit und Inkompetenz vieler Kader, das niedrige Bildungsniveau breiter Schichten der Bevölkerung, der Mangel an qualifizierten Experten, die enormen regionalen, sogar lokalen Unterschiede in der Entwicklung. Noch befindet sich die Parteiführung in der vorteilhaften Lage, die Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten des chinesischen Sozialismus auf das Schuldkonto ihrer Vorgänger abwälzen zu können. In Wirklichkeit hat die Kulturrevolution und in ihrem Gefolge die dilettantische und illusionäre Politik der "Viererbande" manche dieser Probleme verschärft, geschaffen haben sie sie nicht.

Weder die Konzeption noch die Methode, mit denen die Partei diese Probleme heute zu lösen versucht, sind neu. Das Programm der "vier Modernisierungen" stammt aus dem Jahr 1956 und sollte bereits damals im Anschluß an die Kollektivierung der Landwirtschaft

in Angriff genommen werden. Auch die politischen Maßnahmen zu ihrer Durchführung stammen im wesentlichen aus dieser Zeit. Im Rückgriff auf die alten Traditionen des maoistischen Sozialismus hat die Kommunistische Partei in einem vorsichtigen Demokratisierungsprozeß den "Massen" wieder Gelegenheit gegeben, ihre Bedürfnisse zu artikulieren. Die Nebeneffekte der sogenannten "Liberalisierung" sind in der westlichen Presse maßlos aufgebauscht worden.

Es ist ein wirkliches China, mit dem wir es heute zu tun haben. Ein neues China ist es nicht.

Aus: "China: Drinnen vor der Tür" von Michael Kahn – Ackermann (Rote Texte)



das much-buch

"das much-buch" = eigentlich 4 Bücher

*Much's Kompendium
der Staatsgewalt*



**WAS UNS NICHT
UMBRINGT...**

*Undogmatische
Cartoons
zur politischen Lage*



**FROHES
SCHAFFEN**

"Liebe Genossin,
zum bevorstehenden
Weihnachtsfest
wünsche ich Dir..."



Na!
Viel zu reaktionär!"



"Herz Genossin,
trotz der Tatsache, daß
die Bourgeoisie jetzt
ihr Weihnachten feiert..."



Hmm. Theoretisch
ist das nicht
ganz einwandfrei.



weil die Volksmassen
ja auch feiern



An die
AKS Wien
Taubergasse 15
1170 Wien

Ich bestelle

.... Exemplar(e) „das much buch“ à S 75,-

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Fortsetzung im
Much-Buch





**FAHRSCHEINE
SCHENKEN!**

**Straßenbahnfahren -
Luxus und Abenteuer**